

Frieden und Krieg
Beiträge zur Historischen Friedensforschung
Band 15

Für den Arbeitskreis Historische Friedensforschung
herausgegeben von
Detlef Bald, Jost Dülffer, Andreas Gestrich, Christian Jansen,
Thomas Kühne, Holger Nehring, Wolfram Wette, Benjamin Ziemann

Frieden durch Demokratie?

Genese, Wirkung und Kritik
eines Deutungsmusters

Herausgegeben von
Jost Dülffer und Gottfried Niedhart

„American Peace“ – Ein „demokratischer Frieden“?

Wilson und die Suche nach einer neuen Weltordnung
nach dem Ersten Weltkrieg

PATRICK O. COHRS

War es tatsächlich Woodrow Wilsons Ziel, nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs nicht nur einen „amerikanischen Frieden“, sondern auch einen „demokratischen Frieden“ zu schaffen? Wie sind die Ursprünge und Leitideen seiner Bestrebungen, eine „neue Weltordnung“ zu begründen, in diesem Zusammenhang zu bewerten? Inwieweit wollte und konnte er diese Bestrebungen auf der Pariser Friedenskonferenz realisieren? Warum scheiterte er letztendlich? Und welche Auswirkungen hatten seine Aspirationen und sein Scheitern auf die amerikanische und internationale Politik in der Zeit nach dem unfertigen Versailler Friedensschluss von 1919? Im Folgenden soll gezeigt werden, dass diese Fragen auf das engste miteinander verknüpft sind. Zugleich soll ein neues Licht auf Wilsons Bedeutung für die Transformation der internationalen Politik im 20. Jahrhundert geworfen werden.

Wohlvollende Betrachtungen der Friedenspolitik Wilsons haben im Grunde allesamt betont, daß Wilsons Ansatz prinzipiell wegweisend gewesen sei. Obgleich seine „Vision“ – so eine gängige These – in der Situation von 1919 nicht realisiert werden konnte, sei sie am Ende durch die längerfristigen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts bestätigt worden, das geradezu als „Wilsonisches Jahrhundert“ bezeichnet werden könne.

Am pointiertesten ist in diesem Zusammenhang die – im Lichte des frühen 21. Jahrhunderts kritisch zu hinterfragende – Einschätzung, die internationalen Beziehungen seien nach 1945 und dann besonders durch die „friedlichen Revolutionen“ von 1989 zusehends durch Wilson'sche Prämissen bestimmt worden. Vor allem wurde hier auf die ihm zugeschriebene Maxime verwiesen, eine „liberale Weltordnung“ lasse sich nur auf der Basis „kollektiven Sicherheit“ und nationaler, in der Tendenz demokratischer Selbstbestimmung schaffen. Wilson ist somit als wesentlicher Wegbereiter eines sowohl den Nationalismus kanalisierenden als auch den Imperialismus in die Schranken weisenden „demokratischen Friedens“ cha-

rakterisiert worden.¹ Zugleich ist betont worden, dass der 28. Präsident der USA intendiert habe, einer neuen „Kultur“ des demokratischen Internationalismus zum Durchbruch zu verhelfen, d. h. Frieden nicht länger lediglich durch zwischenstaatliche Abkommen, sondern durch eine Ausweitung transnationaler Reformanstrengungen zu sichern, um so eine wahrlich globale Völkergemeinschaft zu begründen.²

Die Wilson zugeschriebenen Prinzipien und Politikansätze sind seit der Ära des Ersten Weltkriegs jedoch auch nachhaltig kritisiert worden, dies vor allem von Vertretern der sogenannten „realistischen Schule“, insbesondere von den älteren Edward H. Carr, Walter Lippmann und Hans Morgenthau sowie jenen, die später in ihre Fußstapfen zu treten suchten. Im Zentrum der „realistischen“ Kritik hat seit jeher die These gestanden, Wilson habe in Verkennung der wahren machtpolitischen „Realitäten“ und Herausforderungen seiner Zeit eine nicht nur essentiell fehlgeleitete und „utopische“, sondern auch gefährliche Friedenspolitik propagiert, welche alle Ansätze, nach dem „großen Krieg“ eine sichere und stabile internationale „Ordnung“ zu etablieren, untergraben hätte. Besonders hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang, er habe durch sein Insistieren auf den abstrakten und wirklichkeitsfremden Prinzipien des Völkerbundes, „offener Diplomatie“, der Förderung nationaler Selbstbestimmung und generell einer Demokratisierung der internationalen Beziehungen dem entgegengewirkt, was nach 1918 einzig den Frieden habe sichern können: die Etablierung eines effektiven machtpolitischen Gleichgewichtssystems, das, gründend auf einer festen Allianz der Siegermächte, vor allem die Eindämmung deutscher Revisionsbestrebungen, jedoch auch der bolschewistischen Gefahr gewährleisten konnte; und das, im globalen Kontext, eine Kontrolle imperialer Reformanstrengungen und anti-imperialer Nationalbewegungen erlaubt hätte, um so einer Globalisierung post-kolonialer Destabilisierungs- und Desintegrationstendenzen vorzubeugen. Im Ganzen habe Wilsons Politik somit weit über Versailles hinaus desaströse Folgen gehabt.³ Lassen sich solche Einschätzungen aufrechterhalten? Oder ist vielmehr doch eine Rehabilitierung Wilsons vonnöten?

Bei genauerer Betrachtung erscheint eine Neubewertung der bedeutenden, aber auch zutiefst ambivalenten Politik Wilsons und seiner Rolle in der internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts unabdingbar. Eine solche Neubewertung muss auch und gerade den genauen historischen Kontext seines Wirkens berücksichti-

1 Siehe vor allem Thomas J. Knock, *To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*, Princeton 1992; Tony Smith, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton 1994, S. 90 ff.; John Milton Cooper, *Woodrow Wilson. A Biography*, New York 2009, S. 362–505; kritisch Frank Ninkovich, *The Wilsonian Century. U.S. Foreign Policy since 1900*, Chicago 1999.

2 Siehe Akira Iriye, *The Globalizing of America, 1913–1945*, Cambridge 1993. Zur anhaltenden Debatte G. John Ikenberry/Thomas J. Knock/Anne Slaughter/Tony Smith, *The Crisis of American Foreign Policy, Wilsonianism in the Twenty-First Century*, Princeton 2009.

3 Edward H. Carr, *The Twenty Years' Crisis, 1919–1939*, 2. Aufl. London 1946, S. 28 f., 32 ff.; Hans Morgenthau, *In Defense of the National Interest*, New York 1952, S. 4–27; Walter Lippmann, *U.S. War Aims*, New York 1944, S. 180 f.

gen. Er agierte in einer Zeit, die durch die präzedenzlose Katastrophe des Ersten Weltkriegs geprägt war (dies indes weit stärker in Europa als im Rest der Welt); die zugleich jedoch auch eine noch bei weitem nicht abgeschlossene Endphase der Ära des Hochimperialismus darstellte, einer Ära konkurrierender Imperialismen und Varianten von übersteigertem Nationalismus, eines ebenso ideologisch unterfütterten Militarismus sowie immer noch wirkungsmächtiger Vorstellungen einer politisch, kulturell, oder auch sozialdarwinistisch definierten Hierarchie der „Zivilisationen“, „Kulturen“ oder „Rassen“.

In diesem Kontext war Wilsons wichtigster Impuls eminent politischer, aber auch ideologischer Natur. Aber er war keineswegs nur progressiv und zukunftsweisend. Der amerikanische Präsident war nach 1916 der maßgebliche oder zumindest machtvollste Initiator für Bestrebungen, Lehren aus der Katastrophe des Weltkriegs zu ziehen und nicht nur die Normen, Grundprinzipien und Mechanismen der internationalen Politik, sondern auch das Verhältnis von zwischenstaatlichen Beziehungen und innerstaatlicher Ordnung radikal zu verändern. Dies sollte im Wesentlichen gemäß seiner Interpretation eines progressiven amerikanischen Modells geschehen. Im Kern war und blieb es Wilsons Aspiration, die Grundlage für eine neue „liberale Weltordnung“ zu legen und einen institutionellen Rahmen für die Überwindung der – wie er zurecht betonte – inhärent instabilen, zutiefst kriegsträchtigen und nach 1914 in weiten Teilen diskreditierten „Ordnung“ des imperialistischen Zeitalters zu schaffen.⁴ Folgt man den Maximen und Forderungen seiner öffentlichen Rhetorik, war dieses *ancien régime* durch eine universalistische, egalitäre und post-imperiale internationale Ordnung zu ersetzen, die nicht nur „Selbstbestimmung“ fördern sollte, sondern auch die Globalisierung demokratischer Herrschaft – alles gemäß seines noch im einzelnen zu betrachtenden hierarchischen Verständnisses von Selbstbestimmung und Demokratisierung.

Die Pariser Friedensverhandlungen sollten indes ein Schlaglicht darauf werden, dass der Friedensansatz Wilsons – und seiner engsten Berater – nicht nur durch realpolitische Zwänge limitiert wurde, vor allem die Notwendigkeit, Kompromisse mit den europäischen Sieger- und Imperialmächten Großbritannien und Frankreich – sowie mit Japan – zu schließen, gerade um die amerikanischen Völkerbundpläne zu realisieren. Denn 1919 wurde auch deutlich, daß Wilsons Friedenspolitik noch auf einer anderen wirkungsmächtigen Prämisse basierte, die tief in seinem progressiven amerikanischen Selbstverständnis verankert war. Es war die zumeist eher implizit als explizit formulierte Grundannahme, dass auch nach 1918 eine gewisse eher zivilisatorisch als rassistisch definierte Hierarchie in der Weltpolitik weiterhin galt. Damit einher ging die Prämisse, dass die Vertreter der

4 Siehe hierzu John Darwin, *After Tamerlane. The Global History of Empire since 1405*, New York 2008, S. 295 ff.; Patrick O. Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I. America, Britain and the Stabilisation of Europe*, Cambridge 2006, S. 25 ff.; mit kontrastierender Akzentuierung Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009, S. 603 ff., 679 ff.

stärksten und vor allem „fortschrittlichsten“ Mächte, allen voran der neuen zivilisatorischen Führungsmacht USA, weiterhin besondere „Verantwortung“ gegenüber „Schwächeren“ hatten – und selbst zuerkannte Vorrechte bei der Begründung und Implementierung der angestrebten „neuen Weltordnung“ und damit auch in allen wesentlichen Entscheidungsprozessen der Friedensstiftung. Dies betraf insbesondere Entscheidungen darüber, welche Nationen oder Volksgruppen wann und unter welchen Bedingungen wirklich und souverän über ihre eigenen Angelegenheiten bestimmen und sich – in Wilsons Verständnis – auf den Weg der Demokratisierung begeben durften. Wie gezeigt werden soll, hatte dieser progressiv-hierarchische und in zentralen Aspekten neo-imperiale Ansatz nicht nur weitreichende Konsequenzen in der außereuropäischen Welt, wo Hoffnungen, die Wilsons Rhetorik in den Reihen anti-imperialistischer Befreiungsbewegungen geweckt hatte, im „Schicksalsjahr“ 1919 nahezu ausnahmslos enttäuscht wurden. Er hatte einen ebenso markanten Einfluss auf das Zustandekommen des Versailler Systems und die Neuordnung Europas selbst, und hier vor allem auf das letztendliche Scheitern des Versuchs, die kritische deutsche Frage zu regeln.

Neuer Bund der Völker, neue progressive Hierarchie: Wilson's Entwurf einer transnationalen Weltordnung nach amerikanischem Vorbild

Vor dem amerikanischen Kriegseintritt hatte Wilson seinen Friedensentwurf im Januar 1917 zunächst unter das Leitmotiv „Frieden ohne Sieg“ gestellt. Ein Jahr später präsentierte er der Welt als Präsident der letztlich kriegsentscheidenden Macht – und mit anderer Akzentuierung – ein noch wirkungsmächtigeres, aber zugleich auch noch in vielen Punkten vages Friedensprogramm, jenes der „Vierzehn Punkte“. Unterstützt durch seinen improvisierten Beraterstab, den sogenannten „Inquiry“-Zirkel, und seinen zu diesem Zeitpunkt noch unangefochtenen Chefdiplomaten, Colonel House, aber im wesentlichen in Eigenregie, sollte Wilson dieses Programm indes erst um die Jahreswende 1918/19 konkretisieren – vor allem mit Blick auf die Ausgestaltung seiner Völkerbundpläne. Die hier Gestalt annehmende Konzeption eines „amerikanischen Friedens“ zielte nicht nur darauf ab, eine Transformation der internationalen Beziehungen zu bewirken und neue Grundlagen einer legitimen Friedensordnung zu schaffen. Sie sollte auch die Sphäre dessen, was internationale Politik ausmachte, über nationale Grenzen hinweg erweitern – und demokratisieren.

In seiner wegweisenden Rede vor dem amerikanischen Kongress am 22. Januar 1917 hatte Wilson proklamiert, dass ein dauerhafter Frieden ein „Frieden ohne Sieg“ sein müsse – was er nach der amerikanischen Intervention in Europa zurücknahm. Ferner hatte er ausgeführt, dass kein Frieden Bestand und Legitimität haben würde, der „dem Verlierer aufgezwungen“ sei. Er hatte somit betont, dass die Ordnung, die er anstrebte, als ein „Frieden unter Gleichen“ begründet werden müsse, basierend

auf dem Prinzip der „gemeinsamen Teilhabe an einem gemeinsamen Gut („benefit“); dem Gut einer universalen und gerechten Weltordnung.⁵

Von entscheidender Bedeutung war für Wilson, dass das neue Nachkriegssystem auf zwei Prinzipien basieren sollte, die nie zuvor einer europäischen oder globalen „Ordnung“ zugrunde gelegen hatten. Das erste war „die Gleichheit von Nationen“, die er als eine „Gleichheit der Rechte“ im Rahmen eines neu zu etablierenden Weltvölkerrechts und sodann einer neu zu schaffenden internationalen Zentralinstitution, eines „Bundes für den Frieden“, später „Bundes der Völker“, definierte. Dieser Bund sollte die konfliktrträgliche „Balance der Macht“ durch ein institutionalisiertes „stabiles Gleichgewicht“ ersetzen.⁶ Obschon Machtdisparitäten nicht aus der Welt geschafft werden könnten, so Wilson, dürfe der neue Frieden keinen „Unterschied“ zwischen „großen und kleinen Nationen“ zulassen oder auch nur implizieren. Das zweite, noch „tiefergreifende“ Prinzip sollte jenes sein, „dass alle Regierungen ihre rechtmäßigen Machtbefugnisse aus der Zustimmung der Regierten ableiten“. Hier wie auch später argumentierte Wilson somit im Kern, dass eine stabile und gerechte Friedensordnung nur dann etabliert werden konnte, wenn sie auf Normen einer nicht nur nationalen, sondern auch demokratischen Selbstbestimmung fußte – im Sinne der „Zustimmung der Regierten“ innerhalb aller „alten“ oder neu zu schaffenden Nationalstaaten.⁷

Theoretisch ließ Wilsons öffentlich propagierter Ansatz durchaus Raum für die Möglichkeit, daß die Regierten in der Ausübung ihrer souveränen Selbstbestimmungsrechte sich für eine nicht-demokratische Ordnung entscheiden konnten. *Grosso modo* war Wilson indes zunächst von einer Überzeugung geleitet, die vor ihm wie nach ihm viele Protagonisten amerikanischer Weltordnungsentwürfe geteilt hatten bzw. teilen würden. Es war die Überzeugung, dass sich bei „richtiger“ Bildung, Erziehung und Aufklärung sowie der Herausbildung einer liberalen Öffentlichkeit im Laufe der Zeit alle bestehenden oder noch zu definierenden Nationen oder zumindest die Mehrheiten derselben für eine demokratische Ordnung in ihrem amerikanischen Sinn entscheiden würden. In diesem Sinne sah sich Wilson als paternalistischer Förderer einer transnationalen, am Ende globalen Demokratisierung nach amerikanischem Vorbild – und zugleich einer demokra-

5 Arthur S. Link u.a.(Hg.), *The Papers of Woodrow Wilson*, Princeton 1966 ff. (im folgenden PWW), Bd. 40, S. 533–539.

6 Ebd., S. 536 f.

7 Wilson unterstrich, dass es sich hierbei um „amerikanische Prinzipien“ und eine „amerikanische Idee“ handelte, und leitete sein Konzept tatsächlich aus der Geschichte der amerikanischen Demokratie ab. Natürlich gründeten seine Maximen jedoch – unbewusst oder uneingestanden – zum einen auf jenen von Kants „Zum ewigem Frieden“, zum anderen auf John Stuart Mills liberal-imperialen Ideen zur Selbstbestimmungsbefähigung verschiedener Zivilisationen (um nur wesentliche Hintergrundeinflüsse zu nennen). Siehe Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden*, hg. v. H. Klemme, Hamburg 1992; John Stuart Mill, *Considerations on Representative Government*, in: ders., *On Liberty and Other Essays*, hg. v. J. Gray, Oxford 1991, S. 206 ff.

tischen und demokratisierenden Amerikanisierung der Welt.⁸ Indes sollte seiner Auffassung nach dieser Prozess, dessen Ziel die radikale Veränderung der inneren wie internationalen Konfiguration der Staatenwelt war, mit deutlichen, historisch wie kulturell und auch „rassisch“ begründeten Abstufungen und erheblichen zeitlichen „Verzögerungen“ vonstatten gehen. Dieser Vorbehalt betraf nicht nur die anti-imperialistischen Nationalbewegungen in Asien und Afrika, sondern auch die Neugestaltung Europas. Gerade im Falle des Deutschen Reiches hegte Wilson in der entscheidenden letzten Kriegsphase und unmittelbaren Nachkriegszeit erhebliche Zweifel an der deutschen Befähigung zur Schaffung und Wahrung demokratischer Ordnung. In Versailles sollte er sich – auch aus realpolitischen Gründen – auf die Formel einer „Bewährungsfrist“ für die neue deutsche Republik zurückziehen.

Um die neue globale Ordnung und insbesondere die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts zu garantieren, verfolgte Wilson als Kernziel die Schaffung einer neuartigen internationalen Institution. Er charakterisierte diese zunächst vage als „internationales Konzert“ oder „Assoziation der Nationen“, bevor er ihn schließlich als „Bund der Nationen“ zu dem zentralen Punkt seiner Verhandlungsagenda in Versailles machte. Es bleibt erstaunlich, wie spät – nämlich erst Ende 1918 – Wilson sich mit seinen Beratern an die konzeptionelle Ausarbeitung dieses wichtigsten Fundaments seiner Friedensarchitektur machte – merklich beeinflusst durch Ideen der englischen *League of Nations Union* und insbesondere durch die 1918 unter dem Titel *A Practical Suggestion* publizierten Entwürfe des späteren südafrikanischen Premierministers Jan Christian Smuts.⁹ Wilson schwebte jedoch zu keinem Zeitpunkt die Etablierung eines übermächtigen, nationales Recht *per se* überbietenden, im eigentlichen Sinne supranationalen Weltstaats vor. Auch strebte er keine neue globale Föderation oder auch nur Konföderation an. Im Zentrum seines Konzepts stand vielmehr ein internationaler Verbund souveräner und selbstbestimmter Nationalstaaten, die sich darauf verpflichteten, die Grundsätze einer neuen völkerrechtlichen *Magna Carta* – später dann der Satzung des Völkerbundes – anzuerkennen und durchzusetzen. Zu den Aufgaben dieses neuen Verbundes sollte die weltweite Förderung nationaler Selbstbestimmung gehören. Oberste Priorität hatte indes die dauerhafte Sicherung des Weltfriedens, der durch „offene Diplomatie“ vor einer als Korrektiv angesehenen Weltöffentlichkeit und durch die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten auf Regeln zwischenstaatlicher Streitschlichtung und vor allem ein globales System kollektiver Sicherheit gewährleistet werden sollte.

Wilson erteilte somit einem Rückgriff auf die alten „Regeln“ und Vorkriegsmuster der Real- und Gleichgewichtspolitik eine klare Absage. Er hatte sie seit Kriegsausbruch nicht nur mit Blick auf das wilhelminische Reich auf das schärfste

8 Zu Wilsons Verständnis von Demokratie, eines „demokratischen Staates“ und der besonderen Rolle der USA siehe seine frühe und formative Abhandlung *The Modern Democratic State* (1985), in: PWW, Bd. 5, S. 61–92.

9 Siehe J. C. Smuts, *The League of Nations: A Practical Suggestion*, London 1918.

kritisiert und geurteilt, sie hätten zur Katastrophe von 1914 geführt, anstatt sie zu verhindern, da sie Nationen und Imperien in kriegsvorbreitenden „Allianzen“, imperialistischen „Machtkonkurrenzen“ und einem „Netz von Intrige und egoistischer Rivalität“ verfangen. Stattdessen rief er dazu auf, eine „organisierte höhere Gewalt der Menschheit“ zu schaffen. Alte und neue Nationalstaaten sollten sich zu einer solchen kollektiven Gewalt zusammenschließen, die in Analogie zu nationaler Polizeigewalt Anspruch auf das weltpolitische Gewaltmonopol erheben sollte. Der neue Völkerbund würde so als „Garant der Dauerhaftigkeit“ des Friedensabkommens fungieren und weit effektiver sein als jedes frühere regionale oder machtpolitisch motivierte Bündnis. Er sollte so übermächtig werden, dass er durch die in seiner Satzung verbrieften gegenseitigen Beistandsverpflichtungen alle Aggressoren, die einzelne Mitglieder der Weltorganisation oder dessen Grundordnung bedrohten, abschreckte oder im Notfall den Frieden effektiv verteidigte und wiederherstellte. So würde aus der unsteten „Balance der Macht“ eine „Gemeinschaft der Macht“, die den Weltfrieden nachhaltig sicherte. In diesem Zusammenhang propagierte Wilson eine weitere Maxime, die das Verhältnis der USA zu Europa und dem Rest der Welt grundstürzend verwandeln sollte, wenn sie denn befolgt würde. Er unterstrich, dass nach dem „großen Krieg“ „(k)eine Satzung eines kooperativen Friedens“ ausreichen würde, „um die Welt vor Krieg zu schützen“, die „nicht die Völker der neuen Welt einschließt“. Hierauf gründete er den Anspruch, dass die Vereinigten Staaten zur eigentlichen progressiven Vormacht des ihm vorschwebenden Völkerbundsystems und zur zentralen Schiedsmacht der Weltpolitik werden sollten.¹⁰

Für die Ära des Ersten Weltkriegs kann Wilsons Ansatz somit als der machtvollste und – neben Lenin – radikalste, jedoch auch historisch und strategisch am wenigsten fundierte Entwurf für eine qualitativ neuartige Weltordnung angesehen werden. Zugleich war es ein universell angelegter und doch essentiell amerikanischer Entwurf. Seine liberalen Maximen leitete Wilson zum einen aus der amerikanischen politischen Philosophie seit der Zeit der Gründerväter ab. Aber er schöpfte sie in besonderem Maße auch aus den Leitideen des dem Weltkrieg vorausgehenden Zeitalters der progressiven Reformen, die den ökonomischen Exzessen und politischen Korruptionen des von präzedenzloser Expansion und Strukturkrise geprägten „Gilded Age“, des „vergoldeten Zeitalters“ Ende des 19. Jahrhunderts, gefolgt waren. Die Fortführung und Intensivierung ebendieser Reformen und nicht etwa außenpolitischen Aktivismus hatte er sich selbst zu Beginn seiner Präsidentschaft auf die Fahnen geschrieben, als er 1913 seine „New Freedom“-Agenda lancierte, um „das Böse“, das mit „dem Guten“, und die „unentschuldbare Verschwendung“, die mit dem neuen Reichtum der Eliten einhergegangen war, in die Schranken zu weisen.¹¹ Übertragen in die Sphäre der internationalen Beziehungen forderte Wilson sodann die Etablierung neuer Regeln und Standards einer Ordnung, die sich an eine Weltverfassungsordnung annäherte. Insbesondere sollte die Transparenz der

10 Rede Wilsons, 22.1.1917, PWW, Bd. 40, S. 533–9.

11 Wilsons Inaugurationsansprache, Januar 1913, PWW, Bd. 17, S. 148–52.

internationalen Politik gefördert werden, und zwar durch „offene Diplomatie“. In Analogie zu einem Idealtypus des demokratischen Systems der USA, so die von Wilson propagierte Vorstellung, würden weltpolitische Entscheidungsträger fortan einer als Korrektiv fungierenden Weltöffentlichkeit – in Wirklichkeit einer Vielzahl nationaler und anderer partikularer, aber immer stärker vernetzten Öffentlichkeiten – Rechenschaft über ihre Ziele, Mittel und Entscheidungen geben müssen. Dies sollte den Frieden erst eigentlich sichern und gleichsam nachhaltiger machen.¹²

Zu erwähnen ist indes auch, dass der amerikanische Präsident, seit er erste konzeptionelle Überlegungen in dieser Richtung angestellt hatte, durch eine Reihe von amerikanischen und britischen Aktivisten, Vereinigungen und Interessengruppen bedrängt und beeinflusst worden war, die ebenfalls – wenn auch mit ganz unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – auf eine grundstürzende Veränderung des internationalen Systems und der Fundamente des Friedens pochten. Der junge Publizist Walter Lippmann hatte Wilson früh gedrängt, eine „amerikanische Friedensidee“ zu entwickeln und zum Hauptverfechter eines „Bundes zur Vollstreckung des Friedens“ zu werden.¹³ Noch früher, bereits im Herbst 1914, hatte ihm der in Cambridge lehrende Altphilologe Goldsworthy Lowes Dickinson, der zum ersten Mal von einer „League of Nations“ sprach, das wegweisende Manifest der britischen *Union of Democratic Control (UDC)* für ein progressives Friedensabkommen nahegebracht.¹⁴ Während in Großbritannien die *UDC* und die *League of Nations Union* stetig an Einfluss gewannen, hatten sich Ende 1917 in den Vereinigten Staaten bereits mehr als sechzig Interessenverbände gebildet, die Wilson für ihre Vorstellungen eines der Demokratie und ihrer Förderung verpflichteten „amerikanischen Friedens“ zu gewinnen suchten. Diese umfassten progressive Gruppierungen wie die *American Union against Militarism* oder die von Jane Addams und Carrie Chapman gegründete *Woman's Peace Party*, kirchliche Friedensgruppen, vor allem der Quäker and Methodisten, aber auch konservativere Internationalisten wie den früheren republikanischen Präsidenten William Taft und dessen Mitstreiter in der 1915 etablierten und sehr einflussreichen *League to Enforce Peace*. Nach dem amerikanischen Kriegseintritt versuchte sich Wilson zusehends von all diesen Gruppierungen abzugrenzen, um nicht die Unterstützung traditionellerer innenpolitischer Kräfte zu verlieren.¹⁵

Wollte man präzisieren, wie Wilson selbst *grundsätzlich* einen „Frieden zur Beendigung aller Kriege“ zu schaffen intendierte, so ließen sich prinzipiell durchaus zwei wesentliche Sphären oder Ebenen eines „demokratischen Friedens“ oder präziser eines „demokratisierenden Friedens“ ausmachen. Bei näherer Betrachtung

12 Siehe hierzu etwa Wilsons Ansprachen in San Francisco und San Diego im September 1919, PWW, Bd. 63, S. 312–35, 371–87.

13 Lippmann an Wilson, 31.1.1917; Wilson an Lippmann, 3.2.1917, PWW, Bd. 41, S. 83, 113.

14 Siehe Goldsworthy L. Dickinson, *The War and the Way Out*, in: *Atlantic Monthly* 114 (Dezember 1914), S. 820–37; Wilson an Baker, 11. Januar 1915, PWW, Bd. 31, S. 53.

15 Siehe hierzu Knock (Anm. 1), S. 36 ff., 48 ff.

wird allerdings deutlich, dass auf beiden Ebenen wichtige Einschränkungen zu machen sind. Auf der nationalen Ebene trachtete Wilson danach, Frieden dauerhafter zu machen, indem er einen globalen Demokratisierungsprozess initiierte, d.h. die Eliminierung oder zumindest Rückstufung von Imperien und allen Formen imperialer und kolonialer Dominierung auf den Weg brachte und zugleich die Schaffung und Stützung demokratisch verfasster – und selbstbestimmter – Nationalstaaten förderte, die sodann souveräne Mitglieder des neuen Bundes der Nationen werden sollten. Am Ende dieses Prozesses sollte die Friedensordnung, die ihm vorschwebte, dadurch legitimiert werden, dass sie zwischen Demokratien etabliert und von Demokratien getragen wurde. Wilson war davon überzeugt, dass diese Reform der zwischen- und innerstaatlichen Ordnung die pathologischen Folgen von übersteigertem Nationalismus und Imperialismus überwinden und nationalistische Tendenzen kanalisieren und letztlich befrieden könne. Entscheidend für ihn war, einen Nukleus der „fortschrittlichsten“ Nationalstaaten zu schaffen, ohne den kein langfristiger Fortschritt hin zu einer *letztlich* globalen Ordnung von demokratisch verfassten Nationalstaaten möglich war.

Auf einer zweiten, internationalen Ebene zielte Wilson darauf ab, den Frieden durch eine Demokratisierung oder vielmehr Republikanisierung der Prinzipien, Regeln und Mechanismen der internationalen Politik selbst nachhaltiger zu machen. Dies war die Grundprämisse seiner Völkerbundspolitik: die transnationale Übertragung von Grundgedanken demokratischer Verfasstheit nach dem Vorbild der föderalen amerikanischen Republik, aber mit eingeschränkter, letztlich durch die Vertreter der Nationalstaaten bestimmter Wahrnehmung von Kernkompetenzen und Verantwortlichkeiten auf die institutionelle Ebene des Völkerbundes. In diesem weiteren Zusammenhang sind Wilsons Leitmotive „offene Diplomatie“ und Völkerbundspolitik als Weltinnenpolitik zu sehen. Sie sollten die Schaffung und Stärkung einer zwischenstaatlichen Gemeinschaft fördern, die sich auf Grundrechte und -pflichten eines neuen Völkerrechts verpflichtete, wie sie in der Satzung des Völkerbunds festgelegt werden sollten.

Prinzipiell forderte Wilson somit die Schaffung eines internationalen System, das all jene imperialistischen Prärogative und kolonialen Praktiken eliminierte, die Jahrhunderte lang das Gebaren der europäischen Großmächte gegenüber der nicht-europäischen Welt und – mit selbstauferlegten Einschränkungen nach 1815 – auch gegenüber den dominierten Nationalitäten und Volksgruppen vor allem Zentral- und Osteuropas bestimmt hatten. Obgleich Wilson dies niemals explizit thematisierte, erforderte ein solches System indes auch die Beendigung oder zumindest weitgehende Einschränkung nicht nur der formellen imperialen Vorherrschaft, welche die Vereinigten Staaten seit Ende des 19. Jahrhunderts in ihrem offiziellen „Protectorat“, den Philippinen, ausübten, sondern auch des informellen Imperialismus, den die aufsteigende Weltmacht unter dem Banner der „Pacific Frontier“ und „Open Door“ neben den Europäern und Japanern in China praktiziert hatte. Zudem stellte Wilsons öffentlich proklamierte Friedenskonzeption natürlich auch die US-amerikanische Prädominanz und Interventionspolitik in ihrem durch die

Erweiterung der Monroe-Doktrin reklamierten „zivilisatorischen Verantwortungsbereich“ – oder imperialen „Hinterhof“ – Lateinamerika in Frage. So unterstrich Wilson 1917, dass „nirgends ein Recht existiert, Völker von einer Souveränität zur anderen weiterzureichen“, als seien sie im „Besitz“ der großen Mächte, und dass „von nun an allen Völkern, die bislang unter der Macht von Regierungen gelebt haben, die einen ihnen feindlichen Glauben und Zweck verfolgten, die unverletzliche Sicherheit des Lebens, der Religion und der industriellen und sozialen Entwicklung“ garantiert werden sollten.¹⁶

Es ist wichtig hervorzuheben, dass Wilson diese weitreichenden Forderungen nicht in erster Linie in Reaktion auf Lenins einflussreiche „Selbstbestimmungs“-Agenda und Bestrebungen einer bolschewistischen Revolutionierung des internationalen Systems erhob. Vielmehr tat er dies vor allem im Einklang mit seinen während des Krieges entwickelten Grundauffassungen und darüber hinaus, um dem amerikanischen Wahlvolk, aber auch einer sich neu konstituierenden Weltöffentlichkeit eine legitimierende Mission zu präsentieren. Sein Kreuzzug für eine „demokratische“ Weltordnung richtete sich auch gegen die bolschewistische Herausforderung. In erster Linie sollte er indes die Widerstände überwinden, die der angestrebten Neuordnung im Wege standen. Außenpolitisch handelte es sich um die Gegenkräfte weniger bemäntelter imperialistischer Interessen und – was Komplikationen schuf – zumindest teilweise demokratisch legitimierter Machtpolitik nicht nur in Deutschland, sondern auch und gerade in Großbritannien und Frankreich; innenpolitisch um die Gegenkräfte zu einer stärker imperialistischen oder besonders isolationistischen Grundausrichtung der Vereinigten Staaten. Letztere formierten sich gerade unter oppositionellen Republikanern genau zu dem Zeitpunkt neu, als Wilson sich anschickte, als entscheidender Friedensstifter nach Europa zu reisen. Zum einen geschah dies vor dem Hintergrund einer Kriegsintervention, die nur mit erheblichem Propagandaaufwand der Wilson-Administration erfolgt war und von vielen bald als Fehler oder gar als Ergebnis einer Verschwörung angesehen wurde, als Verbrämung politischer Interventionsinteressen und ökonomischer Interessen der amerikanischen Waffen- und Munitionsindustrie. Zum anderen war nach Ende des Weltkriegs noch keineswegs die fundamentalere Frage geklärt, inwieweit nach dem Sieg über die Mittelmächte und der bereits sichergestellten Dezimierung der deutschen Kriegsflotte die „vitalen“ Sicherheitsinteressen – und weltwirtschaftlichen Aspirationen – der USA weitreichende Verpflichtungen innerhalb des Völkerbundes und einen damit einhergehenden revolutionären Wandel der amerikanischen Außenpolitik rechtfertigten.

Wilson ließ keinen Zweifel daran, dass sein Friedensprogramm „amerikanische Prinzipien, amerikanische Politikansätze“ repräsentierte. Doch verkündete er selbstbewusst, die Zeit sei gekommen, diese zum globalen Maßstab zu machen. Er brachte dies auf die Formel, dass sie auch „auch die Prinzipien und Politikansätze...

16 Rede Wilsons, 22.1.1917, PWW, Bd. 40, S. 533–9.

jeder modernen Nation, jeder aufgeklärten Gemeinschaft“ seien.¹⁷ Der amerikanische Präsident erhob somit den Anspruch, zum Initiator und Kopf einer weltweiten Reformbewegung zu werden – nicht als erste amerikanische Führungspersönlichkeit, aber als die erste, die sich einer Weltkonstellation gegenüber sah, in der eine nie dagewesene Möglichkeit zu bestehen schien, amerikanische universalistische Rhetorik in die Praxis umzusetzen und in einem profunden Paradigmenwechsel von einer exzeptionalistischen zu einer „exemplaristischen“ Führungsmacht zu werden. In diesem Sinne war Wilson eher ein Vertreter eines progressiven „Amerikanismus“ als ein Verfechter wirklich internationalistischer Maximen und egalitärer Politikansätze. In der amerikanischen Öffentlichkeit wehrte er sich nicht nur aus taktischen Gründen streng dagegen, als – unamerikanischer – Internationalist bezeichnet zu werden.¹⁸

Auch wenn man alle gegenteiligen „realistischen“ Argumente ernst nimmt, bleibt doch festzuhalten, dass Wilson mit seiner Einschätzung der Lehren, die aus dem Weltkrieg zu ziehen waren, ebenso wegweisend war wie mit seinem Appell, eine qualitativ andere Nachkriegsordnung zu schaffen.¹⁹ Eine „neue Weltordnung“ konnte nicht länger als ein imperialistisches oder neo-imperialistisches System begründet oder vielmehr wiederhergestellt werden, verbrämt mit einer neuen Völkerrechts- und Selbstbestimmungsrhetorik.

Die grundlegende Herausforderung nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs, die nicht allein, aber in vielerlei Hinsicht die Folge eines eskalierenden imperialistischen Wettbewerbs in der zweiten Hälfte des „langen 19. Jahrhunderts“ war, lag in der Tat darin, das inhärent instabile kriegsträchtige System des „Gleichgewichts der Macht“, der durch imperialistische, nationalistische, militaristische bis hin zu sozialdarwinistischen Mobilisierungsideologien unterfütterten Machtkonkurrenz vor allem der europäischen Großmächte abzulösen und durch ein sowohl friedensförderlicheres als auch legitimeres internationales System zu ersetzen, das auf allgemeinverbindlichen Prinzipien und Grundregeln gründete und zum ersten Mal einen institutionalisierten Mechanismus zur Friedenswahrung, Streitschlichtung und Abgleichung nationaler Mehrheits- und Minderheitsansprüche besaß; das der fortschreitenden Demokratisierung und Modernisierung nicht nur der europäischen und nordamerikanischen Gesellschaften Rechnung trug; das eine grundlegende Reform, d. h. einen realistischen Weg zur Dekolonisierung und „De-imperialisierung“ weiter Teile der Welt eröffnete, die lange vorherrschenden hierarchischen Unterschiede zu überwinden oder zumindest durch ein internationales Institutionen- und Normengefüge zu regulieren.

Gegenüber seinem Kabinett hatte Wilson am 20. März 1917 hinter verschlossenen Türen noch betont, dass er nicht von einem „Krieg für die Demokratie“ oder für „Russlands Revolution“ sprechen könne, wenn er die Zustimmung des Kongresses

17 Ebd.

18 Vgl. Knock (Anm. 1), S. 51ff.

19 Siehe Anmerkung 4.

für eine formelle amerikanische Kriegserklärung erlangen wolle. In seiner Ansprache vor beiden Kammern des Kongresses am 2. April, die den Kriegseintritt der USA besiegelte, präsentierte er diesen dann jedoch durchaus – sich an die Volksvertreter und zugleich an die amerikanische und Weltöffentlichkeit wendend – als eine zivilisatorische Mission für die gesamte Menschheit. Er betonte, die USA verfolgten keine „egoistischen Ziele“, sie trachteten nicht nach „Eroberung“ noch nach „Herrschaft“. Der rhetorische Hauptakzent lag vielmehr auf einem Kampf für die globale Sache der Demokratie. Mit Gottes Hilfe würden die Vereinigten Staaten für das kämpfen, was dem Herzen des amerikanischen Volkes am „nächsten“ liege: „für die Demokratie“ – weil „die Welt sicher für die Demokratie gemacht werden muss“ – um auf diesem Wege den „ultimativen Weltfrieden“ zu stiften und die „Befreiung“ der Völker der Welt, „einschließlich der deutschen Völker“, zu garantieren. Wilson wiederholte bei dieser Gelegenheit auch seine Maxime, dass „ein stetiges Konzert für den Frieden niemals bewahrt werden kann außer durch eine Partnerschaft demokratischer Nationen“.²⁰

Jedoch zeigt eine genauere Analyse sowohl der Prämissen Wilsonscher Friedenspolitik als auch der konkreten Bestrebungen der amerikanischen Delegation, ihr Programm während der Pariser Friedenskonferenz in die Tat umzusetzen, dass der Präsident und gerade auch die „progressivsten“ Mitglieder seiner Delegation in Versailles, etwa Walter Lippmann und David H. Miller, in wesentlichen Aspekten hierarchischen Auffassungen von der Schaffung und Fortentwicklung internationaler Ordnung verhaftet blieben.²¹ Wilson wie seine Berater hatten diese Auffassungen in einer formativen Phase der jüngeren amerikanischen und globalen Geschichte entwickelt, in der Ära des – natürlich auch amerikanischen – Imperialismus, die in der amerikanischen Innenpolitik um die Jahrhundertwende zugleich zum „Age of Progressive Reform“ geworden war. An zentraler Stelle stand hier der Grundsatz, dass die „stärkeren“ und nach ihrem Dafürhalten zivilisatorisch fortschrittlichsten Staaten und Gesellschaften – allen voran nicht länger die westeuropäischen Imperialmächte Großbritannien und Frankreich, sondern die Vereinigten Staaten – die selbstauferlegte Pflicht hatten, eine führende Rolle bei dem *Prozess* der Realisierung einer formell gleichberechtigten Weltordnung zu übernehmen.

Die amerikanische Delegation sah sich in der Verantwortung, alle als entweder „schwächer“ oder weniger „entwickelt“ erachteten Völker und Zivilisationen dabei zu unterstützen, den „richtigen“ Weg hin zu Staatlichkeit, Selbstbestimmung und Demokratisierung einzuschlagen. In Wilsons Selbstverständnis bedeutete dies aber zugleich, dass die USA dazu legitimiert waren, als benevolenter Hegemon und „Tutor“ der Weltpolitik zu agieren. In letzter Konsequenz sprach Wilson sich so auch das Recht zu, anstelle der noch nicht selbst Befähigten – oder genauer

20 Lansing Memorandum der Kabinettsitzung vom 20.3.1917; Rede Wilsons, 2.4.1917, PWW, Bd. 41, S. 441, 525 ff.

21 House Tagebuch, 4.1.1918; Lippmann u. a., Memorandum für Wilson, Dezember 1917, PWW, Bd. 45, S. 458–73.

gesagt von den „fortschrittlichen“ Mächten als solche Eingestuft – zu bestimmen, wann und unter welchen Bedingungen diese den Weg hin zu einer gleichberechtigten Mitgliedschaft in der neuen Völkergemeinschaft beschreiten durften. Eine entsprechende Autorität würde er – mit Abstrichen – nur einem kleinen Kreis von Siegermächten zuerkennen, die seiner Auffassung nach den Vereinigten Staaten zivilisatorisch zumindest nahestanden – nicht aber dem deutschen Kriegsgegner oder dem bolschewistischen Regime in Russland. In seiner Rede am 2. April 1917 hatte Wilson dies auf die Formel gebracht, Amerika werde kämpfen „für eine universelle Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das so beschaffen ist, dass es allen Nationen Frieden und Sicherheit bringen und die Welt selbst endlich befreien wird“.²² Entscheidend ist in diesem Zusammenhang somit, dass diese paternalistisch-hierarchische Herangehensweise nicht nur das Verhältnis der USA und der anderen imperialen Großmächte zu den ihrer direkten oder indirekten Kontrolle unterliegenden Völkern oder Volksgruppen in Asien, Afrika und Lateinamerika betraf. Sie prägte auch Wilsons Ansatz zur Lösung des Problems, das er 1919 als das kritischste ansah: die Neuordnung Europas. Der amerikanische Präsident kam so nach Europa motiviert durch eine eigentümliche Mischung von neuem amerikanischen Selbst- und Sendungsbewusstsein in der Konsequenz des Krieges und der notwendigen Bemäntelung der Tatsache, dass hier ein mächtiger Zauberlehrling der internationalen Politik sich auf die präzedenzlose Mission begab, den vormaligen Vormächten der Welt eine neue Ordnung aufzuerlegen – wie er glaubte, zum besten der Welt.

Der Beginn eines Lernprozesses? Bedeutung und Grenzen der Wilsonschen Mission auf der Pariser Friedenskonferenz

Zweifelloos verfolgte Wilson radikales Friedensprogramm, als er Ende 1918 nach Europa kam. Er war entschlossen, an dem Programm festzuhalten, das seine „Vierzehn Punkte“ gegenüber der Weltöffentlichkeit am nachdrücklichsten manifestiert hatten.²³ War es unter den Bedingungen von 1919 illusorisch und gefährlich, eine solche Ordnung auf abstrakten Prinzipien internationaler Gleichheit, völkerrechtlicher Verbindlichkeit und kollektiver Sicherheit zu gründen?²⁴ Oder lag das entscheidende Problem im Gegenteil darin, dass Wilson entweder nicht die Macht oder die Fähigkeit hatte, in der Konstellation, die der Weltkrieg hinterlassen hatte, ein an sich zukunftsweisendes Friedens- und Ordnungskonzept zu verwirklichen? Scheiterte er vor allem am Widerstand der zuvorderst an Besitzstands- und Pri-

22 Rede Wilsons, 2.4.1917, PWW, Bd. 41, S. 526 f.

23 House Tagebuch, 5.1.1918, PWW, Bd. 45, S. 550 ff.; Wilsons „Vierzehn Punkte“-Rede, 8.1.1918, PWW, ebd., S. 534 ff.

24 Siehe „realistische“ Interpretationen wie die weiter oben genannten und Henry Kissinger, *Diplomacy*, New York 1994, S. 218 ff.

vilegienwahrung interessierten älteren und neueren Imperialmächte, vor allem Großbritanniens, Frankreichs und Japans?²⁵ Musste er nicht zuletzt auch daran scheitern, eine Mehrheit seines eigenen Volkes für den von ihm angestrebten Paradigmenwechsel zu gewinnen?

Unbestreitbar weckten Wilsons rhetorisch überhöhte Appelle und Forderungen hohe, am Ende zu hohe Erwartungen, die kein amerikanischer Präsident in der Situation von 1919 hätte erfüllen können. Denn diese spezifische historische Wendezeit bot zwar durchaus auch eine gewisse Handhabe zu einem grundlegenden Neubeginn. Jedoch zu suggerieren, eine „neue Weltordnung“ könne im Rahmen eines Friedenskongresses in einem konstitutiven Akt, gleichsam einem „Wilsonschen Moment“ geschaffen werden, war angesichts der immensen Probleme, die der Weltkrieg und das Zeitalter des Imperialismus hinterlassen hatten, wenig realistisch. Einen solchen „act of creation“ gar unter Einbeziehung aller von Wilson genannten „Nationen“ und relevanten Gruppen sowie unter Einbeziehung der Sieger und der Besiegten zu vollbringen, war eine noch weit größere Herausforderung, ja ein Ding der Unmöglichkeit. Dies musste zwangsläufig zu gefährlichen Enttäuschungen führen – und zu einem beträchtlichen Legitimationsverlust nicht nur für Wilson, sondern für den gesamten Ansatz einer liberal-demokratischen Friedens- und Ordnungstiftung, den er repräsentierte.

Gerade aufgrund der augenfälligen Diskrepanz zwischen Wilsons prinzipiellen Forderungen und der Realität einer von exklusiven Abmachungen unter den größten Siegermächten geprägten Friedenskonferenz blieb es nicht aus, dass Wilson die Hoffnungen derer enttäuschen musste, die ihn als machtvollen Verbündeten gewinnen wollten. Zu nennen wären hier etwa führende Köpfe anti-imperialistischer Befreiungsbewegungen und eines rapide wachsenden anti-kolonialen Nationalismus wie der den Indian National Congress vertretende Bal Gangadhar Tilak, der Wilson ein Pamphlet mit dem Titel *Self-Determination for India* zugesandt hatte und, auch in Begleitung Gandhis, nach Paris gereist war; Sa'd Zaghlul, der Anführer einer neuen ägyptischen Nationalbewegung, aber auch Vertreter ebensolcher Kräfte im imperial dominierten China wie Sun Yat Sen und Wellington Koo – um nur die bedeutendsten zu nennen.²⁶ Weniger enttäuscht wurden nur die Vertreter der ostmitteleuropäischen Nationalbewegungen, welche die Schaffung respektive Wiederherstellung eigenständiger Nationalstaaten forderten – insbesondere die Repräsentanten polnischer, tschechischer und slowakischer Aspirationen wie Ignaz Paderewski, Roman Dmowski, Tómas Masaryk und Edvard Beneš.²⁷ Ein anderes Bild bot sich hingegen für die Besiegten, deren Ansprüche nicht zuletzt mit genau

25 Vgl. hierzu Smith (Anm. 1), S. 95 ff. und Arthur Walworth, *Wilson and His Peacemakers. American Diplomacy at the Paris Peace Conference 1919*, New York 1986.

26 Siehe Lansing an Wilson, 20.11.1918, über eine Note von Sun Yat Sen, PWW, Bd. 53, S. 140. Allgemein Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, New York 2007.

27 Siehe etwa Paderewski an Lansing, 28.1.1918, PWW, Bd. 46, S. 120 f.

diesen Selbstbestimmungsinteressen kollidierten. So wurden gerade die – übersteigerten – Erwartungen der liberalen und republikanischen Kräfte im Deutschen Reich frustriert, die im Gegenzug für eine Überwindung des wilhelminischen Systems auf einen integrativen und milden „Wilson-Frieden“ gehofft hatten.

Die Art und Weise, wie das Versailler System dann *realiter* ausgehandelt wurde, schien all jene Kritiker zu bestätigen, die seit 1919 behauptet haben, der Friedensansatz des amerikanischen Präsidenten sei von vornherein entweder an sich fehlgeleitet oder unrealistisch gewesen. Wesentliche Elemente des eigentlichen Kernproblems der Wilsonschen Aspirationen und ihrer Auswirkungen sind indes woanders zu suchen: sowohl in der Konzeption der amerikanischen Friedenspolitik selbst als auch, und vor allem, in den Mitteln und Wegen, die Wilson und der relativ enge Zirkel seiner Mitstreiter wählten, um diese 1919 zu verwirklichen – und in der präzedenzlos schwierigen internationalen und innenpolitischen Konstellation, in der dies geschah.

Bei genauerer Analyse kristallisieren sich zwei Grundproblematiken heraus: erstens das Problem der Neudefinition von Hegemonie innerhalb eines „egalitären“ internationalen Systems und zweitens – noch fundamentaler – ein Legitimationsproblem. Zum einen war es wahrscheinlich unausweichlich, dass die größeren Mächte, einschließlich der Vereinigten Staaten, besondere hegemoniale „Verantwortung“ und eine führende Rolle bei der Schaffung einer Nachkriegsordnung übernahmen. Wilsons oft wiederholte Rechtfertigung und Rationalisierung vor allem der amerikanischen Vorreiterrolle war die, dass – wie er es etwa im September 1919 formulierte – „nur die Macht der Starken das Recht der Schwachen bewahren kann“.²⁸ Weniger alternativlos war es hingegen, dass allein die Hauptsiegermächte des Krieges sich diese Rolle zuerkennen. Eine zentrale Herausforderung, die Wilson rhetorisch selbst unterstrich, bestand gerade darin, die „Schwachen“ durch die Schaffung einer neuen, völkerrechtlich fundierten und essentiell egalitäreren Weltordnung vor Übergriffen und der Beherrschung durch imperiale Großmächte zu schützen. Dies konnte letztlich nur durch selbstaufgelegte, durch öffentlichen wie internen Druck beförderte Einschränkungen der früheren Privilegien der großen Mächte geschehen („self-restraint“), sowie durch ihre Selbstverpflichtung auf neue allgemeinverbindliche Grundregeln der Weltpolitik, wie sie der Völkerbund wahren sollte. Dies wiederum verlangte nichts weniger als einen epochalen Lernprozess und einen damit einhergehenden Mentalitätswandel alter und neuerer Entscheidungseliten, die allesamt in der Hochphase des globalen Imperialismus sozialisiert worden waren.

Wilson betonte mehrfach, dass sich die Pariser Friedenskonferenz vom Wiener Kongress abheben müsse, der ein „Kongress der ‚Bosse‘“ und „für so viel Böses in der Welt verantwortlich“ gewesen sei.²⁹ Er erhob nunmehr den Anspruch, die Maxime, dass „die Starken“ eine besondere Verantwortung für die Wahrung der Rechte der

28 Rede Wilsons, 22.1.1917, PWW, Bd. 40, S. 536.

29 Zeitungsbericht über ein Times-Interview mit Wilson, 18.12.1918, PWW, Bd. 53, S. 425.

„Schwachen“ hätten, mit dem vereinbaren zu können, was er in seiner „Vierzehn Punkte“-Rede als „Prinzip der Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten“ bezeichnet hatte und als das „Recht“ aller, „unter den gleichen Bedingungen der Freiheit und Sicherheit miteinander zu leben“. Dies zu verwirklichen stellte nach Wilsons Bekunden den eigentlichen „Test“ für die „Integrität“ gerade der großen Mächte dar – und für ihre Bereitschaft, wirkliche Lehren aus der Katastrophe des Weltkrieges zu ziehen.³⁰ Weder er noch die anderen maßgeblichen Staatsmänner von Versailles konnten diesen Test bestehen.

Die amerikanische Verhandlungsführung selbst blieb durch ein Spannungsverhältnis zwischen öffentlich vertretenem und auch subjektiv internalisiertem Universalismus und einem gleichsam sublimierten, aber doch weiterhin wirkungsmächtigen hierarchischen Grundansatz bestimmt. Letzterer bedingte, dass Wilson die Vereinigten Staaten nicht nur wegen ihres politischen und ökonomischen Macht-potentials, sondern auch aufgrund einer Vorstellung zivilisatorischer Überlegenheit zur privilegierten Führungs- und „Lehrmacht“ der Friedensverhandlungen zu machen trachtete. Eine ähnliche Rolle gestand er mit merklichen Abstrichen und ungeachtet aller Konflikte in konkreten Macht- und Sicherheitsfragen allenfalls noch Großbritannien und Frankreich zu. Alle anderen Staaten und alle anderen Vertreter nationaler Aspirationen wurden hingegen auf eine niedrigere Stufe der Mitsprache und Entscheidungsbefugnis verwiesen. Im unausweichlichen Kompromiss mit auf Ausschließung und Eindämmung setzenden französischen Sicherheitsstrategien zeitigte Wilsons letztlich ambivalent und inkonsistent bleibende Friedenspolitik auch besonders schwerwiegende Konsequenzen für die Unterlegenen des Weltkrieges, vor allem die Vertreter der ungefestigten Weimarer Republik.

Die andere wesentliche Herausforderung, die Wilson 1919 zu meistern hatte und letztlich nicht meistern konnte, lässt sich als eine vielschichtige Legitimationsproblematik charakterisieren. Besonders in der Anfangsphase seines triumphalen Empfangs in Europa überschätzten sowohl Wilson als auch sein engster Beraterstab die Legitimität des amerikanischen Friedensentwurfs. Obschon Wilsons Prestige ohne Beispiel war, waren seine Autorität und Machtmittel begrenzt.

Der amerikanische Präsident und vor allem einige der Protagonisten der *Inquiry* hatten anfänglich noch gehofft, ihre Ordnungsvorstellungen über die Köpfe der maßgeblichen Verhandlungspartner hinweg durchzusetzen. Sie hatten darauf gesetzt, neue informelle transnationale Allianzen zu schaffen. In ihnen sollten vor allem die liberalen und „progressiven“ Kräfte, Interessengruppen und Segmente nationaler Öffentlichkeiten in und über Europa hinaus mobilisiert werden, um Druck auf Lloyd George, Clemenceau und andere auszuüben, die sich der „amerikanischen Revolution“ der Weltpolitik widersetzen oder ihr zumindest Steine in den Weg legen würden, weil sie überholten machtpolitischen Ordnungsvorstellungen anzuhängen schienen oder imperialistische Partikularinteressen verfolgten. Die

30 Wilsons „Vierzehn Punkte“-Rede, PWW, Bd. 45, S. 539.

Vorstellung, dass solche neuen transnationalen Allianzen entweder der amerikanischen Sache oder der Schaffung eines neuartigen Friedens entscheidend dienen würden, erwies sich jedoch als Trugschluss.

Was Wilson zu realisieren begann, jedoch nie wirklich internalisierte, war etwas, für das ihn weder seine eigene politische Sozialisation noch die außenpolitischen Traditionen der USA vorbereitet hatten. Es war ihm schlichtweg unmöglich, seinen Verhandlungspartnern eine Zustimmung zu seinen Friedensvorstellungen aufzuzwingen. Aber selbst wenn er diese Macht gehabt hätte, hätte eine solche Oktroyierung keine tragfähige Grundlage für eine neue Friedensordnung geschaffen.

Die Aufgabe, vor welcher der amerikanische Präsident stand und die er letztlich nicht bewältigte, vielleicht nicht bewältigen konnte, war eine andere, immense. Wohl konnte er für seine Ideen werben und für ihre Verwirklichung das ganze Arsenal neuer amerikanischer Macht und Autorität in die Waagschale der Weltpolitik werfen. Doch letzten Endes musste er Wege finden, um sich mit den – teils gewählten, jedoch oft nicht demokratisch legitimierten – Vertretern anderer Mächte, Nationen, Volksgruppen und Minderheiten über *gemeinsame* und wechselseitig akzeptierte Grundprinzipien, Regeln und Mechanismen für die angestrebte Nachkriegsordnung zu verständigen.³¹ Wilson hatte hier insbesondere mit mächtigen Verhandlungspartnern wie Lloyd George und Clemenceau zu tun, die im wesentlichen nicht weniger demokratisch legitimiert waren als er selbst und die gewiss nicht weniger bewandert waren in den komplexen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen internationaler Politik wie auch demokratischer Innenpolitik. Letztere erwiesen sich als sehr effektive Vertreter nationaler und imperialer Interessen. Insbesondere der französische Premier vertrat eine Wilsons Plänen diametral entgegengesetzte Strategie zur Sicherung des europäischen Friedens – eine Strategie, die vor allem auf die machtpolitische Einhegung, Schwächung und sogar weitgehende Aufteilung Deutschlands setzte oder, anders formuliert, auf die forcierte Schaffung eines neuen europäischen „Machtgleichgewichts“ gegen neuerliche deutsche Aggressionen.

Prinzipiell musste Wilson jedoch nicht nur eine Verständigung im Kreise der „großen Drei“ gewährleisten. Er hatte seine Konzeptionen auch gegenüber all jenen zu legitimieren, deren Angelegenheiten und Interessen betroffen waren – also in jedem Falle gegenüber sämtlichen europäischen Nationen oder Aspiranten auf nationale Souveränität und theoretisch allen Gruppierungen *auf der Welt*, die diese Kriterien erfüllten. Am Ende stand er vor ebendieser Aufgabe auch mit Blick auf die Verlierer des Weltkrieges und jene Macht, die zunächst als Pariah behandelt und nicht nur isoliert, sondern aktiv bekämpft wurde, das bolschewistische Regime in Russland.

Darüber hinaus hatte Wilson parallel noch eine weitere, entscheidende Herausforderung zu bestehen. Er musste die Grundzüge eines Friedens aushandeln, der

31 Dazu wie auch zum Folgenden Cohrs (Anm. 4), S. 46 ff.

die Unterstützung einer Mehrheit der amerikanischen Wähler und ihrer gewählten Vertreter im Kongress, vor allem im Senat, finden würde. Das bedeutete, dass er nicht nur sein Friedenskonzept, sondern auch die Kompromisse, die ein Friedensreglement zwangsläufig darstellt, demokratisch zu legitimieren hatte. Und es bedeutete zugleich, dass er die Zustimmung für nichts weniger als eine revolutionäre Wende in den Beziehungen der USA zum Rest der Welt, und insbesondere zu Europa, erlangen musste. Wilson stand hier vor der Aufgabe, eine Koalition zu zimmern für etwas, das die Entscheidungseliten der Vereinigten Staaten seit 1776 nicht einmal annäherungsweise erwogen hatten: die Übernahme langfristiger Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten in der globalen Politik.

Wilson und vor allem Colonel House mussten all ihr Verhandlungsgeschick aufwenden, um insbesondere die Bedenken der französischen Delegation gegenüber dem Völkerbund als neuer zentraler Sicherheitsinstanz auch der europäischen Politik zu zerstreuen und ihre weitreichenden Pläne zu mäßigen, Sicherheit durch eine nachhaltige Schwächung Deutschlands zu gewährleisten. House unterstrich, dass die amerikanische Delegation „die Stärke und Einhelligkeit der französischen Meinung anzuerkennen“ habe, „dass zukünftige deutsche Invasionen absolut unmöglich gemacht werden müssen“ – indes ohne das amerikanische Friedenskonzept zu desavouieren.³² Aber eine drakonische Kontrolle des Nachkriegssystems und eine Instrumentalisierung des Völkerbunds zu diesem Zwecke ließen sich nicht mit Wilsons Ansatz vereinbaren. Am Ende wurde ein Kompromiss gefunden, der im Gegenzug zu Clemenceaus Zustimmung zum Völkerbund eine Revolution in der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik in Aussicht stellte, die der Logik der kollektiven Sicherheit widersprach, aber von Wilson als flankierende Maßnahme gerechtfertigt wurde: nämlich die Zustimmung zu einem anglo-amerikanischen Garantieabkommen mit Frankreich in Friedenszeiten, das Unterstützung im Falle einer „neuerlichen“ deutschen Aggression zusicherte. Wie die US-Völkerbundmitgliedschaft sollte auch diese Garantie durch die Ablehnung des Versailler Vertrags durch den amerikanischen Senat annulliert werden.

Wie sich bereits während der internen Präliminarverhandlungen der wesentlichen Siegermächte um die Jahreswende 1918/19 herausstellte war der offene, globale und integrative Friedensprozess, den er anfänglich gefordert hatte, nicht nur politisch unmöglich. Er lag natürlich auch nicht im Interesse der europäischen Imperialmächte, die 1918 auf der Siegerseite standen, sowie Japans, das eigene imperiale Sonderziele in China und Ostasien verfolgte. Im Kern wollten die Entscheidungseliten dieser Mächte die Kontrolle über die Bedingungen des Friedens wie der Nachkriegsordnung nicht signifikant einschränken lassen. Wilson wollte dies, gerade weil er die Welt auf den Weg eines „amerikanischen Friedens“ führen wollte, letztlich auch nicht.

³² House an Wilson, 19.2.1919; House Tagebuch, 27.2.1919. Charles Seymour (Hg.), *The Intimate Papers of Colonel House*, 4 Bde., London 1926–28, Bd. 4, S. 332ff., 344f.

Die Friedensverhandlungen von 1919 wurden somit wesentlich durch einen Rat der fünf maßgeblichen Großmächte bestimmt, dem neben den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich auch Italien und Japan angehörten. Die zentralen Entscheidungen über die Zukunft Europas wurden am Ende durch harte Verhandlungen der „großen Drei“ getroffen. Die Repräsentanten derer, die noch und weiterhin unter direkter oder indirekter kolonialer Vorherrschaft lebten, wurden nicht an den eigentlichen Verhandlungstisch gelassen. Auch die Vertreter der neuen oder widerhergestellten Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa wurden nur partiell in die wesentlichen Entscheidungsprozesse einbezogen, während das bolschewistische Regime gänzlich außen vor blieb. Vor allem aber wurde 1919 – im Gegensatz zu Wilsons ursprünglichen Appellen und Zusagen – kein Frieden zwischen den westlichen Siegermächten und den Nachfolgestaaten der unterlegenen Zentralmächte ausgehandelt. Es konnte somit keine Grundlage für eine Nachkriegsordnung gelegt werden, die sich durch einen gleichberechtigten Verhandlungsprozess zwischen Siegern und Besiegten legitimieren ließ. Dies sollte zu dem zentralen Problem des „unfertigen Friedens“ von Versailles werden.

Dass Wilson schließlich diesem am Ende exklusiven und dezidiert hierarchischen Friedensprozedere zustimmte, hatte gewiss zu einem Gutteil mit der vielerlei Zwänge schaffenden Eigendynamik der Verhandlungen zu tun. Der Novize und Prophet musste lernen, notwendige komplexe Kompromisse zu machen, um überhaupt eine den Rahmen des Wiener Kongresses bei weitem sprengende Friedenskonferenz zu einem Abschluss bringen zu können, der sich der Weltöffentlichkeit als Erfolg in seinem Sinne präsentieren ließ. Daher nahm auch Wilson selbst bald Abstand von den Maximen „offener Diplomatie“. Er achtete streng darauf, dass der Fluss relevanter Informationen aus den geheimen Verhandlungen der „großen Drei“ an die amerikanische und internationale Presse auf das strengste kontrolliert und zensiert wurde.

Die unmittelbaren Notwendigkeiten der Friedensverhandlungen brachten jedoch auch die hierarchischen Prämissen, die Wilsons Handeln noch immer wesentlich prägten, zum Vorschein. Er setzte alles daran, als Führer der fortschrittlichsten Macht die Agenda und Ergebnisse des Verhandlungsmarathons zu bestimmen. Aber gerade die Tatsache, dass Wilson zur Realisierung seines Kernprojekts, des Völkerbunds, essentiell auf die Zustimmung Großbritanniens, Frankreichs – und Japans – angewiesen war, engte seinen Handlungsspielraum zusätzlich ein. Tatsächlich bezahlte er für diese Zustimmung einen beträchtlichen Preis. Er stimmte schließlich einem Mandatssystem zu, das zwar durch den Völkerbund verwaltet wurde, *de facto* aber den Imperialmächten gerade in Afrika und dem Mittleren Osten, aber auch in Ostasien beträchtliche Kontrollfunktionen zubilligte. Er sah sich zu einem „deal“ mit der japanischen Delegation unter Prinz Kinmochi gezwungen, der die chinesische Provinz Schantung von deutscher in japanische Kontrolle überantwortete und somit nicht nur den Selbstbestimmungsbestrebungen chinesischer Nationalisten, sondern natürlich auch den von ihm öffentlich propagierten Grundprinzipien direkt zuwiderlief.

Da es nicht möglich war, einen „amerikanischen Frieden“ zu dekretieren, blieb als nächstbeste Option, sowohl die militärischen, ökonomischen und territorialen Streitfragen in Europa – einschließlich des immens kontroversen und dann mit der alleinigen deutschen Kriegsschuld verknüpften Reparationsproblems – als auch die Architektur des Völkerbundes im wesentlichen im Kreis der großen Siegermächte zu regeln. Eine wesentliche Konsequenz dieses Ansatzes war der Ausschluss der deutschen Delegation von den eigentlichen Friedensverhandlungen.³³

Ein Schlüsselproblem des „amerikanischen Friedens“: Wilson und die deutsche Frage in Versailles

Ungeachtet der langfristigen Bedeutung der globalen Auswirkungen der Pariser Friedenskonferenz stand doch eine Frage in ihrem Zentrum: die deutsche Frage. Denn vom Umgang mit diesem Problem hingen nicht nur die Stabilität und Legitimität des Friedensschlusses in Europa ab, sondern auch die Erfolgsaussichten der „neuen Weltordnung“. Welchen Platz und welchen Status, ja am Ende sogar auch welche Gestalt sollte die neubegründete deutsche Republik in der Nachkriegsordnung haben? Unter welchen Bedingungen und inwieweit sollte sie überhaupt in diese Ordnung integriert werden? Oder war es dem Frieden zuträglicher, Deutschland aus dem Nachkriegssystem auszuschließen und als potentiell gefährlichste revisionistische Macht einzuhegen? Diese Fragen waren zu klären, nachdem das wilhelminische Kaiserreich nicht nur von den übrigen Siegern, sondern am Ende auch von Wilson zum hauptsächlichen Verursacher der Katastrophe von 1914 erklärt worden war.

Die wirkliche Herausforderung, derer Wilson im Zuge der konkreten Verhandlungen von Paris nur teilweise, indes nie vollends gewahr wurde, bestand darin, eine extrem schwierig zu erreichende Balance zu finden zwischen der Integration und schließlichen Rehabilitierung des geschlagenen und erst seit kurzem „prekär republikanischen“ Deutschland und der Befriedigung der Sicherheits- und Kompensationsbedürfnisse seiner Nachbarn, vor allem Frankreichs und des wiederbegründeten polnischen Nationalstaates. Im weiteren Sinne, handelte es sich um nichts weniger, als um die Schaffung eines Deutschland einbeziehenden neuen legitimen Äquilibriums in Europa als Unterpfand einer tragfähigen europäischen Friedensordnung. Jedoch war es ein Wesensmerkmal der Ära nach dem ersten Weltkrieg, dass sich ein solches Äquilibrium nur noch in einem transatlantischen Ordnungsgefüge angestrebt ließ. Mit anderen Worten war eine dauerhafte Befriedung Europas nur mit Unterstützung der Vereinigten Staaten möglich, da diese nicht nur zur neuen Vormacht der Weltwirtschaft und zum „Weltgläubiger“ (nicht zuletzt von immensen Kriegsschulden Großbritanniens und Frankreichs)

33 Tagebuch Dr. Graysons, 8.12.1918, PWW, Bd. 53, S. 339.

geworden waren, sondern auch zum neuen, entscheidenden Hegemon der internationalen Politik. Die USA waren aufgefordert, die Rolle einer Schiedsmacht und eines der Hauptgaranten der europäischen Sicherheit zu übernehmen, gerade auch der Sicherheit vor Tendenzen eines gewaltsamen deutschen Revisionismus.³⁴

Das deutsche Problem von 1919 war darüber hinaus jedoch auch auf das engste mit einer weiteren Problematik verknüpft: Wie konnte es gelingen, einen Ausgleich zu finden zwischen französischen, polnischen und anderen Sicherheitsinteressen, Wilsons Selbstbestimmungsagenda und den Erfordernissen europäischer und globaler Stabilität? All diese Faktoren und Ansprüche trafen nirgends in so konfliktreicher und explosiver Form aufeinander wie in Mittel- und Osteuropa, wo deutsche (wie österreichische und ungarische) Gebiets- und Selbstbestimmungsansprüche mit Ansprüchen der Nationalitäten konkurrierten, die Teil der östliche Imperien gewesen waren.

Während der Versailler Verhandlungen war es Wilson selbst, der auf das immense Konfliktpotential verwies, das daraus resultierte, dass die Sieger „gezwungen“ waren, „Grenzen und nationale Souveränitäten zu ändern“, da diese Veränderungen „lange etablierten Traditionen zuwider“ liefen. Er ging so weit, an einer Stelle zu mahnen, dass „zukünftige Kriege [...] nicht durch die geheimen Machenschaften von Regierungen, sondern durch die Unzufriedenheit der Menschen bedingte Konflikte“ entstehen würden. Zugleich warnte er, dass solch eine Unzufriedenheit „unausweichlich“ sei, wenn sich die Siegermächte „Ungerechtigkeit zu Schulden kommen“ ließen. Wilson war der Überzeugung, dass sich Ungerechtigkeit vermeiden ließe, wenn es gelänge, „mit Maß und Fairness“ zu agieren, vor allem gegenüber Deutschland.³⁵ Tatsächlich sollte es sich jedoch als unmöglich erweisen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Eine radikale Neuordnung der geopolitischen Landkarte Europas musste zwangsläufig große Interessenskonflikte heraufbeschwören, vor allem dann, wenn zudem zentrale Sicherheitsinteressen der Sieger zu Buche schlugen. Dies schob nicht zuletzt dem „Anschluss“ der mehrheitlich deutschsprachigen Kerngebiete der aufgelösten österreich-ungarischen Doppelmonarchie einen Riegel vor. Noch entscheidender war indes, dass ein „gerechter“ Wilsonscher Frieden undenkbar war ohne einen von allen maßgeblichen Seiten – von Siegern und Besiegten – als „fair“ angesehenen Friedensprozess, in dem nicht nur die konkreten Friedensbedingungen, sondern auch die Grundprinzipien und -regeln der Nachkriegsordnung festgelegt wurden.

Die realpolitischen Zwänge, unter denen Wilson 1919 gerade im Verhältnis zu Großbritannien und Frankreich operieren musste, machten Konzessionen am Ende unvermeidbar. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Art und Weise, wie der Versailler Vertrag unter den Siegermächten ausgehandelt, ohne nennenswerte Deliberation dekretiert und am Ende der ersten demokratisch legitimierten Regierung der

34 Zu diesem epochalen Umbruch im internationalen System siehe Cohrs (Anm. 4), S. 15f., 25ff.

35 Beratungen des Rats der Vier, 27.3.1919. Paul Mantoux, *The Deliberations of the Council of Four* (March 24 – June 28, 1919), 2 Bde. Princeton 1992, Bd. 1, S. 31.

Weimarer Republik unter Scheidemann aufgezwungen wurde, nicht die Mindestanforderungen eines „fairen Prozesses“ erfüllte. Er stand gewiss nicht im Einklang mit den von Wilson selbst aufgestellten Maximen eines integrativen Friedensschlusses.³⁶ Gleiches galt *mutatis mutandis* für die Aushandlung der anderen sogenannten Vorortverträge von 1919.

Die wesentlichen Kontroversen, die sich auch für Wilson um das deutsche Problem in Versailles rankten – die Kriegsschuld- und Reparationsfrage, die Rheinlandfrage, die Entwaffnung und territoriale Beschneidung des vormaligen Deutschen Reiches – müssen hier nicht im einzelnen betrachtet werden. Hingegen ist es sinnvoll, die Frage zu beleuchten, warum der amerikanische Präsident es letztlich gar nicht anstrebte, einen Wilsonschen Frieden mit der Weimarer Republik auf den Weg zu bringen. Ein wesentlicher Teil der Antwort auf diese Frage ist bereits gegeben worden. Wilson hatte nicht die macht- und verhandlungspolitischen Hebel, um vor allem den Widerstand Clemenceaus und seines Präsidenten Poincaré gegen eine gleichberechtigte deutsche Beteiligung zu überwinden. Auch die Haltung der Lloyd George-Regierung schwankte in der entscheidenden Phase zwischen November 1918 und Januar 1919 zwischen klarer Ablehnung und substanzloser Anmahnung eines ausgeglichenen Friedens mit Deutschland. Wie Clemenceau sah sich auch britische Premierminister in erster Linie gefordert, nationale Ansprüche zu erfüllen, die er mit seinen während der berüchtigten „Khaki-Wahlen“ im Herbst 1918 gemachten Versprechungen auf die Spitze getrieben hatte. Wesentlich war hier das Versprechen, er werde dafür sorgen, dass der unterlegene und am Krieg schuldige Gegner „zahlen“ werde, um nach den Opfern des Krieges ein „home fit for heroes“ zu schaffen. Wilson hatte nicht solche Interessen zu befriedigen. Aber er hatte klare Prioritäten, vor allem die Realisierung seiner Völkerbundpläne, die aus seiner Sicht wichtiger waren als ein integrativer Frieden mit Deutschland. Und hierbei war er entscheidend auf die Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs angewiesen.

So blieb der am 11. November 1918 geschlossene Waffenstillstand das einzige wirklich ausgehandelte Abkommen zwischen den Siegern und dem mächtigsten Besiegten des ersten Weltkrieges.³⁷ Man mag argumentieren, dass die maßgeblichen Entscheidungsträger von Versailles und insbesondere Wilson sich einem tiefen Dilemma gegenüber sahen. Einerseits erschien es gerade aufgrund der Tragweite der zu lösenden Probleme und der Virulenz der durch den Weltkrieg und seine lange Vorgeschichte entstandenen Antagonismen und der neuen Dimension von Legitimationszwängen auf allen Seiten extrem schwierig, Frieden durch einen verhandelten Vertrag mit den Vertretern der Weimarer Republik zu stiften. Andererseits muss festgehalten werden, dass, wenn dies nicht ernsthaft angestrebt wurde, nicht nur der dann beschlossene Friedensvertrag, sondern auch das Nachkriegssystem an sich mit dem wesentlichen Makel behaftet sein würde, dass sie dem Unterlegenen oktroyiert worden waren. Beide hatten somit ein klares Legitimationsdefizit, da ihre

36 Siehe etwa Rat der Vier, 25. und 26.3.1919. Ebd., S. 6, 20, 27.

37 Wilson an House, 28.10.1918; House an Wilson, 5.11.1918, PWW, Bd. 51, S. 473, 594.

Akzeptanz entscheidend von einer Beteiligung der Besiegten an den wesentlichen Entscheidungsprozessen abhängen musste. Dies bot nicht nur nationalistischer deutscher Propaganda reichlich Nahrung und Vorwand, um gegen das „Diktat“ und den „Schandfrieden“ von Versailles zu Felde ziehen zu können. Es schwächte gerade die Position derjenigen, die sich – wie etwa Scheidemann und Erzberger – doch einige Hoffnungen auf einen milden und integrativen „Wilsonschen Frieden“ gemacht hatten. Letztere hatten eine solche Friedensperspektive zudem mit der Konstitution der Weimarer Republik selbst verknüpft – einer Republik, die sie in Wilsons „neue Weltordnung“ einfügen wollten.

Dass dieser Prozess 1919 zusätzlich erschwert wurde, widersprach den Maximen, die Wilson seit 1917 propagiert hatte. In seiner „Frieden ohne Sieg“-Rede hatte er betont, dass Friedensbedingungen, die aufgezwungen und nur „in Erniedrigung, in Not und mit nicht tolerablen Opfern angenommen“ würden, die Legitimität des Friedens von vornherein kompromittieren mussten. Ein solcher Frieden würde „nur auf Treibsand“ begründet. Nur „ein Frieden zwischen Gleichen“ könne „Bestand haben“. In seinen „Vierzehn Punkten“ hatte Wilson den Deutschen sodann „einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt“ in Aussicht gestellt. Allerdings hatte er dies an die wesentliche, wenn auch nicht explizite Bedingung geknüpft, dass sich Führungseliten fanden, die bereit waren, das Deutsche Reich zu „demokratisieren“ und den Einfluss der „militärischen Partei und der Männer, deren Glaube imperiale Vorherrschaft“ sei, zu überwinden. In ähnlicher Weise hatte Wilson einem wahrhaft „demokratischen“ Russland, das sich von Lenins radikal-kommunistischem Kurs abwandte, einen Platz in „seiner“ Weltordnung versprochen.³⁸

Die amerikanische Delegation in Versailles änderte dann jedoch ihre Prioritäten entscheidend. Sie verfolgte nunmehr das Ziel, einem republikanischen Deutschland nicht sogleich, sondern erst nach einer angemessenen Bewährungszeit Teilhabe an der Nachkriegsordnung zu geben. Im März 1919 warnte Wilson, dass der „größte Fehler“, den die Sieger machen konnten, der sei, „selbst den Anschein von Ungerechtigkeit“ zu erwecken und Deutschland durch zu einseitige und harsche Entscheidungen „schwerwiegende Gründe zu geben, an einem gewissen Punkt in der Zukunft auf Rache zu sinnen“ – oder sich dem Bolschewismus zuzuwenden. Aber dieser „Fehler“ konnte in der Konstellation von 1919 nicht vermieden werden.³⁹

Im Kern verlegte sich Wilson auf die Formel, dass Deutschland – wie er amerikanischen Korrespondenten bereits am 8. Dezember 1918 bekanntgab – „in seiner jetzigen chaotischen Verfassung“ eine „Bewährungsfrist“ gesetzt werden müsse. Er unterstrich auf dem Weg nach Europa, dass „erst noch bewiesen werden muss, dass das deutsche Volk eine verantwortungsvolle und integre Regierung hat“.⁴⁰ Entscheidend war, dass Wilson dieses Argument nicht nur anführte, um zu recht-

38 Siehe Reden Wilsons vom 22.1.1917, 8.1. und 27.9.1918, PWW, Bd. 40, S. 533ff., Bd. 45, S. 534f., 538f., Bd. 51, S. 127ff.

39 Rat der Vier, 25. und 26.3.1919. Mantoux (Anm. 35), Bd. 1, S. 6ff.

40 Bullitt Tagebuch, 9. [10.] 12.1918, PWW, Bd. 53, S. 352.

fertigen, dass Deutschland erst nach einer „Bewährung“ in den Völkerbund aufgenommen werden sollte. Er verwies hierauf auch, um den Ausschluss deutscher Repräsentanten von den Friedensverhandlungen zu begründen. Dies war nicht allein eine temporäre taktische Konzession an Frankreich.⁴¹ Wilson blieb vielmehr auch während des Versailler Friedensprozesses bei dieser Grundposition. Gewiss war ein Beweggrund hierfür, dass er aufgrund der zahlreichen komplexen Probleme eine Verhandlungseinigung mit Deutschland für aussichtslos hielt. Aber es spielte auch eine wichtige Rolle, dass er sich in der „deutschen Frage“ sowohl in seinen hierarchischen Grundprämissen bestätigt sah als auch in einer stets latenten und durch die Kontroversen seit den Waffenstillstandsdisputen noch gewachsenen Skepsis bezüglich einer erfolversprechenden Demokratisierung Deutschlands. Er hegte zusehends auch Zweifel an einer raschen Wende hin zu friedensförderlichem und konstruktivem Verhalten deutscher Entscheidungsträger in der „internationalen Gemeinschaft“. Diese Zweifel waren zuvor bereits durch den Diktatfrieden von Brest-Litowsk verstärkt worden. Ihm war nicht verborgen geblieben, dass dieser den Grundprinzipien der deutschen „Friedensresolution“ vom Juli 1917 und späteren Deklarationen widersprach.⁴²

Wilson relativierte somit seine Kreuzzugsideologie eines „demokratischen Friedens“ nicht nur mit Blick auf die außereuropäische Welt. Im Frühjahr und Sommer begann er zu hinterfragen, ob eine demokratische Ordnung für Deutschland wirklich angemessen war. Soweit man sein durchaus vages, schwankendes und sich auf wenig profunde Kenntnisse oder Expertise stützendes Deutschlandbild in dieser Phase rekonstruieren kann, trat die Vorstellung von der Bürde einer spezifisch deutschen „autoritären Modernisierung“ in den Vordergrund. In Wilsons Einschätzung war unter dem wilhelminischen Regime die rapide ökonomische und militärische Expansion nicht von der Entwicklung republikanischer politischer Prinzipien und Instanzen begleitet worden. Vielmehr hatte sie der Herausbildung eines immer aggressiveren Machtstaats Vorschub geleistet und *vice versa*. Mit anderen Worten hatte sich der amerikanische Präsident eine ganz eigene Interpretation eines „deutschen Sonderweges“ zurechtgelegt. Dieser konnte nach seinem Dafürhalten nur auf dem Weg der „Bewährung“ und unter Kontrolle der westlichen Sieger schließlich in den „Bund der Völker“ führen. Bis dahin war der Gefährdung des Friedens durch eine instabile deutsche Republik ebenso vorzubeugen wie der Bedrohung, die von einem aggressiv revisionistischen nach-revolutionären Deutschland ausgehen konnte.⁴³

41 Siehe Jusserand an Pichon, 12.11.1918, A-paix-292, A 1163.2, Archives du Ministère des Affaires Étrangères, Paris.

42 Siehe hierzu und zum folgenden das Standardwerk Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, Düsseldorf 1971.

43 Dazu auch Alexander Sedlmaier, Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration (1913–1921), Wiesbaden 2003, S. 34 ff., 74 f., 118 ff.

Erst in letzter Minute, in der Spätphase des Notenaustausches mit der deutschen Regierung im Frühsommer 1919, modifizierte Wilson seine Haltung in der zentralen Frage der deutschen Völkerbundsmitgliedschaft. Doch er tat dies mehr aus taktischen Gründen denn aus innerer Überzeugung. Mit dem Ziel, sich der deutschen Unterschrift unter den Friedensvertrag zu versichern, drang er nun gegenüber Clemenceau darauf, einer Erklärung zuzustimmen, die Erzbergers Mindestforderungen entsprach, indem sie in Aussicht stellte, Deutschland werde in naher Zukunft in die neue Weltorganisation aufgenommen. Der amerikanische Präsident bestand jedoch weiterhin auf einer deutschen Bewährungszeit. Dies wiederum erlaubte seinen französischen Verhandlungspartnern, eine brückenbauende Revision des Vertragsentwurfs zu blockieren. Der Versailler Vertrag sollte am Ende weder Verpflichtungen noch Absichtserklärungen zu einer baldigen Integration der Weimarer Republik in das Völkerbundssystem enthalten.⁴⁴

Im ganzen konnten Wilsons generelle Bemühungen um eine Abschwächung der harscheren Territorial- und Reparationsforderungen am Ende nicht verhindern, dass der Frieden von Versailles auch in gemäßigeren Kreisen in Deutschland nicht nur als unakzeptabler Diktatfriede gebrandmarkt wurde, sondern auch und gerade als „Verrat“ Wilsons. Vor dem Hintergrund seiner rhetorischen Ankündigungen von 1917 und 1918 konnte die letztlich irreführende These an Einfluss gewinnen, der amerikanische Präsident habe die deutsche Seite zuerst mit falschen Versprechungen zur Unterzeichnung des Waffenstillstand bewogen und dann durch seine Zustimmung zu einem „karthagischen Frieden“ betrogen. Dieser „Wilson-Mythos“ wurde durch deutsche Propaganda noch verstärkt und erlaubte vielen, Wilson als Sündenbock für eigene Fehler hinzustellen und von einer realistischen Analyse der Macht- und Friedenskonstellation abzulenken. Er sollte langanhaltende Folgen für das Amerika- und Weltbild in Deutschland zeitigen. Nicht minder gravierend waren die Folgen für die Legitimität amerikanischer Friedensbemühungen und -rhetorik in der Zwischenkriegszeit – und nach 1939.⁴⁵

Im größeren Zusammenhang war durch den unfertigen Frieden von Versailles somit eine prekäre Konstellation geschaffen worden. Einerseits war das „deutsche Problem“ in vielerlei Hinsicht noch verschärft worden, was wiederum eine schrittweise Konsolidierung der „neuen Weltordnung“, die Wilson vorschwebte, erschwerte. Andererseits war der Völkerbund mit seiner formellen Verantwortung für die Sicherung der Selbstbestimmung *aller* souveränen Staaten und Nationalitäten zunächst als exklusive Institution der Siegermächte konstituiert worden, der die Weimarer Republik und das bolschewistische Russland auf unbestimmte Zeit außen vor ließ. Dies stellte eine enorme Belastung dar. Dennoch sollte Wilson nach Abschluss der Verhandlungen auf den Völkerbund als die Instanz verweisen, in deren Rahmen man sich all der Streitfragen und Konflikte annehmen würde, die auf der Friedenskonferenz noch nicht hatten gelöst werden können – oder gar

44 Rat der Vier, 3., 7. und 12.6.1919. Mantoux (Anm. 35), Bd. 2, S. 285 f., 346 f., 392 f.

45 Siehe Schwabe (Anm. 43); Cohrs (Anm. 4), S. 64.

erst geschaffen worden waren. Prinzipiell galt das auch für die deutsche Frage in all ihren Aspekten.⁴⁶

Umso entscheidender war es deshalb, dass sich die eigentliche Initial- und Vormacht des Völkerbundes, die Vereinigten Staaten, in ihm an führender Stelle engagierte. Um das zu gewährleisten, musste Wilson jedoch eine Mehrheit der amerikanischen Volksvertreter im Kongress hinter sich bringen. Dies wiederum erforderte vor allem ein Einvernehmen mit einer kritischen Masse von Senatoren und Kongressabgeordneten seiner eigenen, der demokratischen Partei, jedoch vor allem der moderateren Vertreter der Republikaner, die 1918 eine Mehrheit im Senat wie im Repräsentantenhaus gewonnen hatten. Wilson scheiterte auch deshalb, weil er zuvor keine ernsthaften Anstrengungen unternommen hatte, führende Köpfe der republikanischen Opposition in die Konzeption und Umsetzung der amerikanischen Friedensmission in Versailles einzubinden. Während die schärfsten Kritiker des Versailler Vertrags, sogenannte „irreconcilables“ wie der Erz-Isolationist William Borah, offen gegen Wilson opponierten, verzögerte Wilsons eigentlicher Gegenspieler, der republikanische Vorsitzende des Senatskomitees für auswärtige Beziehungen Henry Cabot Lodge, die Verhandlungen durch immer neue Einwände und ließ sie letztlich ins Leere laufen. Wilson selbst erwies sich als wenig geschickt darin, den Boden für einen überparteilichen Konsens zu bereiten. Auch im amerikanischen Kontext versuchte er, über die Köpfe gewählter Volksvertreter hinweg zu agieren. So brach er zu einer präzedenzlosen Kampagne für den Völkerbund und den Versailler Vertrag auf, die ihn durch eine Reihe von Staaten des Westens und mittleren Westens der USA führte. Allerdings konnte auch diese Kampagne das Blatt nicht wenden. Am Ende durch schwere Krankheit gezeichnet, musste Wilson seinen letzten Kreuzzug abbrechen.

Allerdings muss betont werden, dass, selbst wenn Wilson größere innenpolitische Qualitäten an den Tag gelegt hätte, ein Erfolg im Kampf um die Ratifizierung der Versailler Ordnung nur schwer vorstellbar gewesen wäre. Zu schwer wogen die substantiellen und ideologischen Unterschiede zwischen seinen Aspirationen und jenen der Mehrheit vor allem, aber nicht nur der republikanischen Senatoren. Sie sprachen sich am Ende gegen die Revolution in der amerikanischen Außenpolitik aus, die der Beitritt zum Völkerbund und eine nicht länger „amerikanistische“, sondern internationalistische Ausrichtung – d. h. die Übernahme führender, verbindlicher und langfristiger Verantwortung in der europäischen und globalen Politik – bedeutet hätten. Statt dessen wurde die republikanische „New Era“ von der Leitidee geprägt, daß den Interessen Amerikas am besten gedient sei, wenn man sich nach der entscheidenden Intervention im „großen Krieg“ wieder in die „Normalität“ eines selektiv isolationistischen, aber immer unilateral bestimmten und im wesentlichen ökonomisch fundierten Verhältnisses zum Rest der Welt zurückzog.

46 Siehe Bowman Memorandum, 10.12.1918, PWW, Bd. 53, S. 353 ff.

Das war die Verheißung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Warren Harding, der zu Wilsons Nachfolger gewählt wurde.⁴⁷

Ausblick: Amerikanische Ansätze einer progressiven Befriedung Europas nach Wilsons Scheitern

Die Ablehnung des Versailler Vertrags durch den amerikanischen Senat im Frühjahr 1920 markierte das Scheitern der Friedensmission Wilsons, zumindest für die Ära nach dem Ersten Weltkrieg. Aber dies war keineswegs gleichbedeutend mit dem Ende von amerikanischen Ansätzen zur Stabilisierung Europas und der Transformation des internationalen Systems. Liberale Kritiker der amerikanischen Außenpolitik unter den republikanischen Administrationen der „neuen Ära“ haben zu Recht auf die Schwächung des Nachkriegssystems durch die Abkehr der USA vom Völkerbund hingewiesen.⁴⁸ Einflussreiche Vertreter der „realistischen“ Schule haben hingegen kritisiert, dass eine einseitige und fehlgeleitete amerikanische „Dollar-Diplomatie“, die nach Wilson dominiert habe, dem europäischen Frieden abträglich gewesen sei. US-Kredite hätten nur einem oberflächlichen „Waffenstillstand“ in den 20er Jahren und letzten Endes dem Wiedererstarken des deutschen Machtpotentials Vorschub geleistet, das schließlich in die Hände des nationalsozialistischen Regimes gefallen sei. „Realistischen“ Analysen zufolge konterkarierten amerikanische Bestrebungen zugleich das, was einzig den europäischen und globalen Frieden hätte bewahren können: die machtpolitische Einhegung eines als inhärent aggressiv-revisionistisch angesehenen Nachkriegsdeutschland.⁴⁹

Das ist indes irreführend. Ganz im Gegenteil waren die durch sie beförderte Reform des Versailler Systems, die Stärkung der republikanisch-demokratischen Strukturen der Weimar Republik und, was ganz wesentlich war, ihre internationale Integration kardinale Voraussetzungen für eine dauerhaftere Befriedung sowohl West- als auch Mittel- und Osteuropas. In diesem entscheidenden Prozess der internationalen Politik der 20er Jahre und bei der Schaffung neuer Grundlagen für ein transatlantisches Friedenssystem demokratischer Staaten spielten informelle amerikanische Stabilisierungsansätze eine essentielle Rolle. Die Grundlagen für ein solches System wurden nicht in Versailles, sondern vielmehr durch das Londoner Reparationsabkommen von 1924 gelegt. Und es wurde – mit bedeutender amerikanischer Unterstützung hinter den Kulissen der europäischen Diplomatie –

47 Dazu John M. Cooper, *Breaking the Heart of the World. Woodrow Wilson and the Fight for the League of Nations*, Cambridge 2001.

48 Siehe hierzu bereits J. T. Shotwell, *An American Locarno (1927)*, Nachlass Kellogg, Filmolle 27, Minnesota Historical Society, St Paul, Minnesota. Vgl. auch Iriye (Anm. 2), S. 68 ff.

49 Siehe etwa Kissinger (Anm. 24), S. 17 ff.; Stephen Schuker, *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976, S. 3 ff., 385 ff.

durch den Sicherheitspakt von Locarno vom Herbst 1925 gefestigt. Das Londoner Abkommen wurde von zeitgenössischen Beobachtern als der Anbruch eines „amerikanischen Friedens“ charakterisiert. Es erbrachte noch keine Lösung des die Nachkriegsjahre überschattenden Reparationsdisputs oder des ihm zugrunde liegenden deutsch-französischen Gegensatzes. Aber es gewann eine transformative Bedeutung dadurch, dass es der erste zwischen den – demokratisch verfassten – Siegern und Besiegten des Weltkriegs ausgehandelte Kompromiss war. Es stellte somit, wie hernach der Locarno-Pakt, das erste wirkliche Friedensabkommen nach dem Ersten Weltkrieg dar und es eröffnete neue Perspektiven für den überaus komplexen, aber nicht unmöglichen Ausgleich zwischen französischen und osteuropäischen Sicherheitsbedürfnissen auf der einen und deutschen Partizipations- und Revisionsbestrebungen auf der anderen Seite.⁵⁰

In der Tat war selbst rein rhetorisch die Vorstellung eines „demokratischen Friedens“ kein zentrales Leitmotiv amerikanischer Europapolitik, die den Beginn dieses schwierigen europäischen Friedensprozesses ermöglicht hatte. Und doch gingen die progressiven Stabilisierungsstrategien, die Wilsons republikanische Nachfolger und die mit ihnen kooperierenden Eliten der amerikanischen Hochfinanz nach der Zäsur der Ruhrkrise von 1923 zum Tragen brachten, in entscheidenden Punkten über das hinaus, was 1919 beschlossen worden war. Der neue amerikanische Ansatz, als informeller Hegemon die Herausbildung einer transatlantischen Interessen- und Wertegemeinschaft kapitalistischer und demokratischer Staaten zu fördern, der nicht nur die Sieger, sondern auch die Besiegten des Weltkrieges angehören sollten, war nicht allein Ausfluss einer reinen „Wirtschaftsdiplomatie“. Sie war auch integraler Bestandteil einer eminent politischen Modernisierungs- und Befriedungskonzeption, nach der die Expansion eines liberalen kapitalistischen System auch die Konsolidierung einer liberal-demokratischen Ordnung vorantreiben und zugleich neue Spielräume für friedliche zwischenstaatliche Konfliktlösung eröffnen sollte.

Diese Konzeption eines neuen „amerikanischen Friedens“ wurde richtungweisend vor allem durch den republikanischen Außenminister Charles E. Hughes entwickelt. Sie wurde indes auch, wenngleich stärker ökonomisch akzentuiert, vom maßgeblichen Wirtschaftsminister der 20er Jahre und späteren Präsidenten der „neuen Ära“, Herbert Hoover, vertreten. Diese neuerlichen Bestrebungen, viele der Kernziele Wilsons zu verfolgen, sie aber mit anderen – informellen, wirtschaftlichen – Mitteln zu verwirklichen, sollte eine nachhaltige Wirkung auf Nachkriegseuropa haben. Obgleich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung vertraten sowohl Hughes als auch Hoover den Ansatz, durch ökonomische Revitalisierung und politische Reform nach amerikanischem Vorbild die republikanisch-demokratische Grundordnung der Weimarer Republik zu stärken und ihre Westorientierung zu

50 Zur älteren und neueren Forschung und zum Folgenden Zara Steiner, *The Lights That Failed. European International History 1919–1933*, Oxford 2005, S. 182–456 und Cohrs (Anm. 4), S. 79–186, 187–286, 603–20.

fördern, die sich seit 1923 mit dem Namen Gustav Stresemann verband. Zugleich sollte so einer qualitativen Verbesserung gerade der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Beziehungen der Boden bereitet werden.

Der den Abkommen von London und Locarno folgende deutsche Völkerbundbeitritt im Herbst 1926 wie auch die Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes im Sommer 1928 waren weitere Wegmarken dieses Stabilisierungs- und Integrationsprozesses, der zugleich qualitativ über das von Wilson 1919 Anvisierte und Erreichte hinauswies. Es entstand der Nukleus einer noch ungefestigten und umkämpften, aber ihrem Wesen nach demokratisch orientierten und legitimierten Friedensordnung. Auch schienen sich neue Perspektiven einer zivilgesellschaftlichen und transnationalen Unterfütterung der seit 1923 erzielten Fortschritte der 20er Jahre aufzutun. Gerade in der zweiten Hälfte der 20er Jahre hatten transnational operierende Interessenverbände und Bewegungen wie jene der Pazifisten oder das in den USA entspringende „*outlawry of war*“ movement neue Einflussmöglichkeiten. Pazifistische Gruppierungen brachten mit zunehmendem Widerhall Forderungen einer Entmilitarisierung der europäischen Nachkriegspolitik in die öffentliche Debatte ein. Die Befürworter einer Ächtung des Krieges in der internationalen Politik spielten, indem sie beträchtlichen Druck auf die Coolidge-Administration ausübten, eine nicht unwesentliche Rolle in der Vorgeschichte des Kellogg-Briand Pakts.⁵¹

Aber insbesondere die in wesentlich höherem Maße ökonomisch orientierte Stabilisierungspolitik Hooverscher Prägung, die im offiziellen Washington in dieser Phase relativer Stabilisierung zu dominieren begann, stieß spätestens nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise an ihre Grenzen. Hoover hatte die Vision, nicht nur die Weimarer Republik, sondern alle maßgeblichen europäischen Staaten und Gesellschaften in ein liberal-kapitalistisches System unter Führung der informellen Vormacht USA zu integrieren. Aber er glaubte auch, all dies erreichen zu können, ohne Verantwortung für die wirtschaftliche, aber gerade auch für die politische und strategische Friedenssicherung in Europa übernehmen zu müssen. Ein solcher Ansatz sollte sich vor allem dann als unzureichend erweisen, als die weltweite Depression Anfang der 30er Jahre ihren Tiefpunkt erreichte. Als problematisch erwies sich jetzt zudem, dass Hoover und andere republikanische Entscheidungsträger politischem Isolationismus dergestalt hatten entgegen wollen, dass sie die höhere Effizienz einer „Entpolitisierung“ der internationalen Politik propagierten und amerikanische Macht einsetzten, um Europa durch Prozesse zu modernisieren, die nicht in erster Linie durch demokratisch legitimierte Regierungen, sondern durch transnationale und einflussreiche, aber informelle Netzwerke bestimmt wurden, denen vor allem Wirtschafts- und Finanzexperten, Zentral- und Privatbankiers angehörten. Aber Hauptakteure solcher Netzwerke wie die Partner des Bankhauses J.P. Morgan & Co., der „König“ des Dawes-Plans Seymour Parker Gilbert, oder der Hauptarchitekt des Young-Plans, Owen Young, hatten am Ende weder die Autorität

51 Siehe Steiner (Anm. 50), S. 387–456 und Cohrs (Anm. 4) S. 448–476.

noch die Legitimation, die Krise zu meistern. Die entscheidende politische Unterstützung bei der Konsolidierung des transatlantischen Systems von London und Locarno, die wesentlich von der Hoover-Administration in Washington kommen musste, kam zu spät und war bei weitem zu halbherzig und ideologisch begrenzt.⁵²

Das noch ungefestigte internationale System der 20er Jahre wurde von der eskalierenden Weltwirtschaftskrise bald ebenso hinweggefegt wie die bereits ächzenden Grundfesten der Weimarer Republik, deren Weiterbestand essentiell von ihrer fortgesetzten Einbindung in eine legitime euro-atlantische Ordnung abhing. An diesem Punkt zogen sich die Vereinigten Staaten zunächst unter Hoover und dann noch stärker unter seinem Nachfolger Franklin D. Roosevelt im Wesentlichen von allen internationalen Verantwortlichkeiten außerhalb der westlichen Hemisphäre zurück. Sie wandten sich von der Welt ab, um aus eigener Kraft und in weitgehender Isolation ihre bis dahin schwerste Systemkrise zu bewältigen. Dies wurde zum Leitmotiv der ersten Phase von Roosevelts *New Deal*.

Am Ende sollte Roosevelts Politik die Voraussetzungen dafür schaffen, die wieder erstarkten USA zur entscheidenden Weltmacht des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgezeit zu machen – zu einer neuen Supermacht, deren politische und ökonomische Entscheidungsträger und internationalistische Interessenverbände und Friedensaktivisten sich erneut und mit weit größerem, wenn auch weiterhin ambivalentem Erfolg anschicken würden, eine neue Ordnung für „eine Welt“ zu begründen. Im Vordergrund stand hierbei zunächst, Lehren aus den Fehlschlägen Wilsons und der Zwischenkriegszeit zu ziehen. Auch und gerade aber war intendiert, unter dem Banner der *Four Freedoms* endlich einen nachhaltigen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen. Er sollte nicht nur – mehr oder minder drakonisch – in den nunmehr besetzten Achsenmächten erfolgen, die das amerikanische System herausgefordert hatten. Er sollte auch – in Verbindung mit Dekolonisierung – ungeachtet aller weiterhin wirkungsmächtigen hierarchischen Prämissen die gesamte Welt verändern, im Rahmen eines neuen, robusteren Systems der Vereinten Nationen.

Bekanntlich strebte die Roosevelt-Administration ein solches *One World*-System anfangs noch im Verbund mit der Macht an, die dann zum bedeutendsten systemischen und ideologischen Rivalen der Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden sollte. Die Konfrontation mit der Sowjetunion prägte dann nicht nur die amerikanische Nachkriegspolitik in den Jahrzehnten des Kalten Krieges. Sie zog auch ein präzedenzloses US-Engagement zur „Förderung“ demokratischer und liberal-kapitalistischer Ordnung in der westlichen Welt und ihrer nicht selten neo-imperialen Propagierung und Durchsetzung in der „Dritten Welt“ nach sich. Gleichzeitig schob der Kalte Krieg der globalen Expansion einer *Pax Americana* einen Riegel vor. Erst die weltpolitische Zäsur von 1989 schien eine Vollendung des „amerikanischen Jahrhunderts“ zu ermöglichen und ungeahnte

52 Dazu Cohrs (Anm. 4), S. 477–602.

Chancen zur globalen Verwirklichung Wilsonscher oder neo-Wilsonscher Aspirationen zu bieten. Der Anfang des 21. Jahrhunderts hat solchen Aspirationen freilich neue Grenzen aufgezeigt.